

Politik mit der Flucht



I. Termine und Hinweise

- S. 4Hinweise
- S. 11.....Termine

II. Beiträge zum Schwerpunktthema

- S. 14.....Fluchtursachen - Warum Menschen fliehen
- S. 20.....„Flüchtlingskrise“ und „Willkommenskultur“ in Deutschland
- S. 28.....Gedicht: Gegen den Frieden
- S. 30.....Ist ein Anker-Zentrum eine Totale Institution?
- S. 35.....Anker-Zentren! – Zivilgesellschaft lieber draußen bleiben!?
- S. 37.....Migrationspolitik von unten (Seebrücke Münster)
- S. 44.....Das Kirchenasyl als notwendiger Menschenrechtsschutz
- S. 48.....Biblischer An-Stoß: Flucht in der Bibel
- S. 50.....Stellungnahme der pax christi-Bundesvorsitzenden Stefanie Wahl
- S. 52.....Rezension: Dem Populismus widerstehen

III. Berichte aus dem Diözesanverband

55 JAHRE PAX CHRISTI MÜNSTER

- S. 57.....Veronika Hüning: Mein persönlicher Rückblick
- S. 60.....Ferdinand Kerstiens: Meine Friedenswege
- S. 62.....Gisela Hinricher: Einmal bewegt, immer bewegt?
- S. 64.....Annette Paschke: Rückschau auf meine Friedensarbeit in pax christi
- S. 66.....Helga Schulze Bertelsbeck: Internationale Friedensrouten pax christi

BERICHTE VON MITGLIEDERN

- S. 69.....Frieden oder Krieg: Russland und der Westen – Eine Annäherung
- S. 71.....Anpassung oder Widerstand? Wie konform wollen wir sein?
pax christi-Studientag Sendenhorst
- S. 73.....pax christi-Aktive erinnern an Befreiung des KZ Auschwitz. Gedenkstunde im
St. Antonius-Kloster Lüdinghausen
- S. 76.....Rezension: Als Hitler das rosa Kaninchen stahl. Der Film von Caroline Link
2019

Liebe Freundinnen und Freunde von pax christi,

Wieder erwartet euch eine ebenso spannende wie aktuelle Lektüre mit unserem ersten Themenheft im Schaltjahr 2020.

Damit ihr nicht so lange zu blättern braucht, um Termine und wichtige Aktionen im Jahr planen zu können, springen sie euch gleich zu Beginn entgegen.

Zu unserem Thema wollen wir möglichst breit informieren: ihr erfahrt etwas über Fluchtursachen, über den Charakter deutscher Migrationspolitik und über die Ankerzentren.

Auch die neuen Perspektiven (kirchlicher) Seenotrettung, des Kirchenasyls und das Fluchtthema in der Bibel kommen in den Blick. Zur aktuellen Situation an den EU-Außengrenzen positioniert die pax christi-Bundesvorsitzende Stefanie Wahl sich deutlich, auch in unserer Ausgabe. Abschließend zum Schwerpunktthema erfolgt eine Würdigung der Arbeitshilfe der Deutschen Bischofskonferenz „Dem Populismus widerstehen“.

Der Redaktionsschluss für diese Nummer ist der 8. März. Spätere Entwicklungen in der Migrationsfrage können wir deswegen nicht mehr berücksichtigen.

Aus Anlass des 55jährigen Bestehens des pax christi Diözesanverbandes Münster haben einige Mitglieder ihre persönlichen Erinnerungen und Motivationen formuliert. Die Reihe wird in weiteren Heften fortgesetzt.

Den Abschluss bilden, wie in jedem Heft, Berichte von Mitgliedern über Veranstaltungen, die von pax christi Münster mit initiiert wurden.

Eine immer wieder herzliche und dringende Bitte: Bringt euch in den Diskurs unserer Korrespondenz mit ein und tragt das Anliegen von pax christi weiter!! Nie war der Friedensgedanke wichtiger als heute!

Schalom!

Daniel Hügel, Ferdinand Kerstiens, Stefan Leibold, Eberhard Ockel

Spendenzusagen zur Finanzierung der Stelle unseres Friedensreferenten:

Ziel in Sicht, aber noch nicht erreicht!

Liebe Freundinnen und Freunde unserer pax christi-Bewegung im Bistum Münster,

wir freuen uns über die bisherige Resonanz auf unseren Spendenaufruf zur Absicherung der Stelle unseres Friedensreferenten Daniel Hügel. Es ist bemerkenswert und ermutigend, dass wir von 19 Mitgliedern neue Spendenzusagen erhalten haben und dass 40 Mitglieder ihre bisherigen Spendenzusagen verlängert haben, davon 12 Mitglieder sogar mit einem erhöhten Betrag. Allen SpenderInnen möchten wir schon jetzt für die Bereitschaft herzlich danken, die Arbeit von Daniel Hügel in den nächsten drei Jahren mit ihrer regelmäßigen oder einmaligen Spende zu unterstützen.

Allerdings mischt sich in unsere Freude der Wermutstropfen, dass uns noch Spendenzusagen von rund 250 €/Monat fehlen. Der Di-

özesanvorstand hat sich zum Ziel gesetzt, dass rund 75 % der Kosten für die Stelle von Daniel Hügel mittels Spenden für die nächsten 3 Jahre finanziert werden können. Die Gründe hierfür sind u.a. die weitere tarifliche Entwicklung der Vergütung für Daniel Hügel, die Unsicherheit über die künftige Entwicklung des Bistumszuschusses und die Altersstruktur unserer Mitglieder.

Deshalb möchten wir noch einmal folgende Bitten an Euch richten:

Diejenigen, die schon eine Spendenzusage gegeben haben, bitten wir herzlich darum, auch in ihrem persönlichen Umfeld jenseits von pax christi weitere mögliche Sponsoren anzusprechen.

Diejenigen, die sich noch nicht zu einer Erneuerung ihrer bisherigen Zusage durchbringen konnten,

bitten wir um nochmaliges Überdenken, ob eine Verlängerung ihrer Zusage eventuell doch möglich ist.

Und **diejenigen, die sich nicht mehr oder bisher noch gar nicht mit einer Spendenzusage beteiligen mochten**, bitten wir ebenso herzlich, über die Zusage einer regelmäßigen oder einmaligen Spende nachzudenken.

Bitte tragt mit dazu bei, dass pax christi im Bistum Münster auch in den nächsten Jahren handlungsfähig bleibt und fruchtbare Friedensarbeit leisten kann!

Für neue Spendenzusagen sende ich Euch gern unseren im Januar veröffentlichten Spendenbittbrief einschl. des Rücksendeabschnitts (zur Erteilung von Einzugsermächtigungen und Information über eingerichtete Daueraufträge) noch einmal zu. Bitte sprecht mich an.

Im Namen des Diözesanvorstands von pax christi

Johannes Gertz

Tel.: 02366 42663

email: gertzjohannes54@gmail.com



Ausstellung „Gestalten der Gewaltfreiheit“ wandert durch deutsche Städte

Im Rahmen des Katholikentags in Münster ist eine Ausstellung zu „Gestalten der Gewaltfreiheit“ entstanden: Oscar Arnulfo Romero, Rutilio Grande, Abdul Gaffar Khan, Mahatma Gandhi, Jean Goss, Hildegard Goss-Mayr, Martin Luther King werden mit Gesichtsprofil und einem Zitat vorgestellt. Die Ausstellung steht zur Ausleihe zur Verfügung.

Angedacht ist, dass sie jeweils für einen Monat in einer Stadt „sich beheimaten“. Die sieben Planen/Transparente zu den 7 Gestalten der Gewaltfreiheit sind so gemacht, dass sie gut an Baugerüsten aufgehängt werden können, an Bauzäunen, an Gebäuden (siehe das Fotos von unserer Forumskirche in Oldenburg) oder an sonstigen Stellen. Die Maße sind 1,60 x 3,30 m.

Zwecks Versendung haben wir ein „Rohr-Paket“ passgenau zugeschnitten. Die Ausstellung soll von Stadt zu Stadt weiterversandt werden – der Kostenpunkt beläuft sich für den Weiterversand über DHL auf ca. 35-40,- €; diesen müsste jede ausleihende Institution einmal aufbringen.

Die Transparente sind umgenäht und mit Ösen versehen und können mit Kabelbindern organisiert gut angebracht werden. Des Weiteren gibt es alle Transparente auch als Postkarten. Sie dürfen aus urheberrechtlichen Gründen nicht verkauft werden; es darf aber dafür eine Spende erbeten werden, um deren Weiterleitung wir dann bitten. Die Postkarten würden in einer abgestimmten Auflage (z.B. je 50 Stück) zugeschickt; Nachordnungen sind jederzeit möglich.

Die Finanzierung der gesamten Ausstellung (das Honorar für die Künstlerin, die von Fotos die entsprechenden Gesichter gestaltet hat / die Kosten für das Design und den Druck der Planen und Postkarten / etc.) erfolgt durch Zuschüsse von MISEREOR, dem FORUM St. Peter Oldenburg und pax christi Diözesanverband Münster - sowie durch Spenden, die wir von weiteren „Ausstellern“ erhoffen. Zusammen haben wir entschieden, dass



wir keine Ausleihgebühren einfordern wollen, aber die einzelnen Akteure bzw. Institutionen oder Gruppen in den verschiedenen Städten im Rahmen ihrer eigenen finanziellen Möglichkeiten um einen Spendenbeitrag bitten möchten. Uns ist wichtig, dass am Geld eine Ausstellungsmöglichkeit nicht scheitern darf.

Der fest von jedem Aussteller zu übernehmende Betrag beinhaltet also nur die Versandkosten an den Nachfolgeort – einmalig - nach Abbau der Ausstellung.

Mehr Informationen und Koordination über unser Büro:
Tel.: 0251-511420
mail: muenster@paxchristi.de

Es ist an der Zeit für den ICAN-Städteappell!

Das unfassbare Grauen von Hiroshima und Nagasaki jährt sich zum 75sten mal

Zahlreiche Städte in Deutschland und aller Welt haben sich bereits dem ICAN-Städteappell angeschlossen. Eure Stadt sollte die nächste sein!

International ruft ICAN Städte dazu auf, den Vertrag zum Verbot von Atomwaffen zu unterstützen. Die Aktion #ICANsave wird in Deutschland in Kooperation mit der IPPNW und der Kampagne „Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt“ ausgeführt. Der ICAN-Städteappell lautet wie folgt lautet:

„Unsere Stadt/unsere Gemeinde ist zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellen. Wir sind fest überzeugt, dass unsere Einwohner und Einwohnerinnen das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und lang anhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher begrüßen wir den 2017 von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen und fordern die Bundesregierung auf, diesem Vertrag beizutreten.“

Warum sollten sich Städte dem Appell anschließen?

Alle Atomwaffenstaaten und ihre Bündnispartner sehen den Einsatz mit Atomwaffen als legitime Verteidigungsstrategie und setzen ihre Bürger*innen bei einem Versagen der Abschreckung der Vernichtungsgefahr aus. Städte tragen eine besondere Verantwortung für den Schutz ihrer Bewohnerinnen und Bewohner.

Städte sollten sich deutlich gegen Atomwaffen aussprechen. Ein Beitritt zum ICAN-Städteappell, mit dem die Bundesregierung dazu auffordert wird, dem Vertrag zum Verbot von Atomwaffen beizutreten, ist eine spürbare Mahnung, dass die hier in Deutschland lebende Menschen

Massenvernichtungswaffen ablehnen. Die Bundesregierung ignoriert diese Sicht bisher.

Was sollten wir tun?

Wir sollten die Mitglieder unserer Stadträte auffordern, sich dem Appell anzuschließen. In NRW sowie in Niedersachsen stellt die in der Gemeindeordnung verankerte Bürgeranregung den Weg dar, auf dem dieses Anliegen über den/die (Ober)Bürgermeister*in an den Rat der Stadt gerichtet werden kann. Die Ausgestaltung der Bürgeranregung kann nach einem auf unserer Homepage hinterlegten Muster erfolgen.

Es kann sein, dass die Bürgeranregung nicht zu einer Befassung des Rates führt. Dann solltet ihr mindestens eine Ratsfraktion dazu gewinnen, einen der Bürgeranregung entsprechenden Antrag in den Rat einzubringen. Noch besser wäre ein gemeinsamer Antrag mehrerer Ratsfraktionen.

Ist der/die (Ober)Bürgermeister*in Mitglied der „**Mayors for Peace**“ (Liste der MfP auf unserer Homepage) ergibt sich bei der Begründung der Anregung bzw. eines nachfolgenden Antrags eine weitere Argumentationslinie.

„Mayors for Peace“ ist eine internationale Organisation von Städten, die sich der Friedensarbeit, insbesondere der atomaren Abrüstung, verschrieben haben, weil sich ihre Bürgermeister*innen für die Sicherheit und das Leben ihrer Bürger*innen verantwortlich fühlen. Die Liste der deutschen „Mayors for Peace“ ist auf unserer Homepage hinterlegt.

Was ist nach einem zustimmenden Ratsbeschluss zu tun?

Wenn sich Eure Stadt dem Appell anschließt, schickt bitte eine Mail an ICAN mit dem Beschluss des Stadtrats. ICAN nimmt Eure Stadt in seine Liste auf. Die Mail-Adresse lautet: office@ican.berlin.

Und bitte benachrichtigt auch den Diözesanvorstand.

Gesucht: Vorschläge für den Papst-Johannes XXIII-Preis 2021

Alle zwei Jahre ehren wir mit dem Papst-Johannes XXIII-Preis Menschen und Gruppen, die sich in besonderer Weise um die Weiterführung und Aktualisierung der Anliegen des Zweiten Vatikanischen Konzils bemühen und der Friedensliebe und Menschenfreundlichkeit von Papst Johannes XXIII. ein „Gesicht in der Gegenwart“ geben. Im Jahr 2019 verliehen wir den Preis bereits zum sechsten Mal: an das Netzwerk Kirchenasyl. Das Netzwerk Kirchenasyl hat sich mit seiner Kirchenasylarbeit auf lokaler Ebene und auf der Ebene der Organisation von in diesem Bereich Engagierten und der Öffentlichkeitsarbeit verdient gemacht. Stellvertretend für die in der Kirchenasylarbeit Engagierten nahmen Maria Espelkott und Benedikt Kern den Preis entgegen Mehr Infos.



2021 wollen wir den Preis zum siebten Mal vergeben. Dafür bitten wir euch als Mitglieder um Vorschläge: Welche Menschen oder Gruppen aus unserem Bistum, die sich besonders engagieren

und die oben aufgeführten Kriterien erfüllen, schlägt ihr dem Preisbeirat vor? Schickt eure Vorschläge gerne an die unten genannte Adresse, per Email oder per Post.

Bisherige Preisträger:

- 2011 Pfarrer Norbert Arntz
- 2013 Gastkirche und Gasthaus in Recklinghausen
- 2015 Christlich-Islamische Arbeitsgemeinschaft Marl und Jüdische Kultusgemeinde Recklinghausen/ Marl
- 2017 Bernd Mülbrecht und sein Team der Wohnungslosenhilfe Münster
- 2019 Netzwerk Kirchenasyl

TERMINE

Samstag, 9. Mai 2020, 11:30 Uhr

Platz an der Liebfrauen-Überwasser Kirche, Münster

Das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung
Politisches Mittagsgebet

„Das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung“ heißt ein Satz aus der jüdischen Mystik. Wir wollen mit diesem Mittagsgebet an den 8.5. 1945 erinnern, das Ende des Zweiten Weltkriegs. 75 Jahre ist das her, und die Erinnerung an die Zeit des Krieges, den Nationalsozialismus und die Ab- und Aufbrüche nach 1945 tut heute Not. War der 8.5. ein Tag der Befreiung? Für wen? Wie können wir uns mit der Erinnerung daran sinnvoll auf unsere heutige Gesellschaft beziehen? Kann die spezifische jüdisch-christliche Erinnerungskultur dazu einen Beitrag leisten?

Alle sind herzlich willkommen!

Sonntag, 31. Mai 2020, 10 Uhr

Liebfrauen-Überwasser Kirche, Münster

Pfingsten - Fest der Vielfalt
Pfingstgottesdienst

Menschen anderer Länder und Kulturen in ihren eigenen Sprachen verstehen?

Ein frommer Wunsch – oder ist Pfingsten gerade im Zeitalter der Globalisierung das Fest, welches die notwendige Vision von der Verständigung aller Menschen erzählt, welches Türen öffnet und Begrenzungen überwindet?

Lassen Sie sich/ lasst Euch in – spirieren!

Samstag, 6. Juni 2020

Büchel

Mahnwache in Büchel am Aktionstag der Kirchen

Die pax christi-Regionalgruppe Recklinghausen und das Forum für Demokratie, Respekt und Vielfalt aus Haltern wollen auch in diesem Jahr wieder zum Aktionstag des kirchlichen Protests gegen die Atomwaffen nach Büchel fahren. Darüber hinaus wollen wir die Dülmener Friedensfreunde, die Friedensinitiative Nottuln und die Friedensinitiative Castrop-Rauxel für eine Mitreise gewinnen. Deshalb planen wir, für uns alle gemeinsam einen Bus zu chartern.

Wir wollen gegen 11 Uhr in Büchel ankommen und gegen 16 Uhr wieder abreisen. Welche Stationen der Bus anfahren wird, das wird vom Standort des Busunternehmens und der Anzahl der regionalen Anmeldungen abhängen. Denkbar wären Zustiege in Dülmen, Haltern und Recklinghausen. Die weiteren Einzelheiten sowie den Fahrpreis werden wir über unseren Newsletter und auch auf unserer Homepage rechtzeitig vorher bekanntgeben.

Wer sich jetzt schon anmelden möchte, kann dies per email an Johannes Gertz tun (email: gertzjohannes54@gmail.com). Anmeldeschluss wird etwa Mitte Mai sein.



Wollen Sie auf dem Laufenden bleiben? Abonnieren Sie den Newsletter!

Nicht alle Termine, Meldungen und Hinweise können in der Korrespondenz erscheinen. Manches erreicht uns erst kurzfristig oder wird aufgrund der aktuellen politischen Lage veröffentlicht. Wenn Sie dennoch auf dem Laufenden bleiben wollen, dann abonnieren Sie unseren Newsletter, den wir seit Ende 2019 regelmäßig versenden: Schicken Sie uns Ihre Email-Adresse (an muenster@paxchristi.de) und melden sich an – so können wir Ihnen regelmäßig Informationen über unseren Newsletter schicken.

Freitag, 4. September 2020

Sportanlage Münster Ost

4. Münsteraner Friedenslauf

Wir freuen uns, wenn auch Sie uns am 4. September unterstützen und sich gemeinsam mit uns gegen Gewalt und für den Frieden weltweit einsetzen!

- Als Lehrer*in der Münsteraner Schulen: Nehmen Sie mit Ihren Schüler*innen teil! Sprechen Sie auch Kolleg*innen und die Schulleitung an!
- Als pax christi-Mitglied: Sprechen Sie Lehrer*innen, Schulleitungen und Schüler*innen der Münsteraner Schulen aus ihrem Familien-, Freundes-, und Bekanntenkreis an und motivieren Sie diese zur Teilnahme!
- Für den Lauftag am 4. September suchen wir engagierte Helfer*innen, die uns zwischen 9 und 12 Uhr tatkräftig unterstützen. Hilfe wird vor allem bei der Ausgabe von Wasser und Bananen an die Läufer*innen, bei der Verteilung von Stempeln nach jeder gelaufenen Runde oder zur Absicherung der Laufstrecke benötigt. Ihre Meldung zur ehrenamtlichen Mithilfe nehme ich unter d.huegel@paxchristi.de oder unter 0251/511420 gern entgegen.



Samstag, 31. Oktober 2020, 9.30 Uhr

Diözesanversammlung 2020

Ort und Programm unserer diesjährigen Diözesanversammlung werden rechtzeitig bekannt gegeben.

Fluchtursachen

Warum Menschen fliehen

Die Zahl der Flüchtlinge hat weltweit zugenommen. Was sind die Gründe? Und welche Rolle spielt die Ungleichheit zwischen reichem Norden und verarmtem Süden?

Nie zuvor waren so viele Menschen gezwungen, ihr Zuhause zu verlassen. Wie viele es genau sind, kann niemand sagen. Laut Angaben des Flüchtlingshilfswerkes der Vereinten Nationen (UNHCR) sind über 68,5 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht. Dies ist die höchste Zahl, die jemals vom UNHCR verzeichnet wurde, und sie wächst rasant. Mehr als 40 Millionen von ihnen sind sogenannte Binnenvertriebene, also Menschen, die innerhalb eines Landes vertrieben wurden. Die UNHCR zählt aber nur diejenigen, die vor Krieg, Konflikten und Verfolgung geflohen und entsprechend registriert worden sind. Hinzu kommen jene, die aufgrund ökologischer Krisen wie Dürrekatastrophen oder Überschwemmungen ihrer Lebensgrundlagen beraubt wurden. Den größten Anteil an der gegenwärtigen globalen Migration haben Menschen, die eine Mischung aus Armut, Ausbeutung,

Gewalt, Umweltkatastrophen und Chancenlosigkeit zur Flucht bewegt. Sie sind auf der Suche nach einem besseren Leben und wollen sich nicht damit abfinden, keine Perspektive zu haben und sozial ausgeschlossen zu sein.

Viele Ursachen, ein Hauptgrund

Die reichen Industriestaaten sind nur mit einem kleinen Teil der weltweit flüchtenden und migrierenden Menschen konfrontiert: Mehr als vier von fünf Geflüchteten leben in sogenannten Entwicklungsländern. Die meisten finden Zuflucht in den Ländern des Südens. Allein der Libanon hat noch immer eine Million Syrerinnen und Syrer aufgenommen. Mindestens ein Sechstel der Bevölkerung sind jetzt Flüchtlinge. Zum Vergleich: Deutschland müsste mehr als 14 Millionen Menschen

aufnehmen, um auf ein solches Verhältnis zu kommen. Auch die meisten der Armuts- und Klimaflüchtlinge suchen meist nicht weit entfernt von ihren Herkunftsorten nach angemessenen Lebensumständen. Sie wandern ab in die Slums der größeren Städte oder bleiben in der Region. Allein in Südafrika sollen sich sieben Millionen Migrantinnen und Migranten ohne Papiere aufhalten – das sind mehr als in ganz Europa, wo zehnmal so viele Menschen leben.

Flucht, Vertreibung und Migration sind weltweite Phänomene, die vielfältige Ursachen haben. Der Krieg, der Familien in die Flucht treibt, kann bereits Ergebnis zerfallender Staatsstrukturen, eines Kampfes um knappe Ressourcen oder den Zugang zu profitablen Rohstoffen sein. Fliehen Menschen vor einer Dürre, kann dies Folge des Klimawandels sein und nur deshalb so dramatische Auswirkungen haben, weil die Ernährung aufgrund von Armut schon vorher kaum gesichert war. Ob Krieg und Gewalt, Verfolgung und Diskriminierung, Armut und Perspektivlosigkeit, Umweltzerstörung und Klimawandel oder Rohstoffhandel und Landraub – meist sind diese Fluchtursachen eng miteinander verwoben. Und fast immer hängen sie mit der zunehmenden globalen Ungleichheit zwischen reich und arm zusammen.

Die Ungleichheit zwischen Armen und Reichen wächst

Dass die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher werden, hat mit der Ausdehnung der kapitalistischen Lebens- und Wirtschaftsweise über den gesamten Globus zu tun. Der Handel wurde in den vergangenen Jahrzehnten in vielen Bereichen liberalisiert, also immer mehr von Handelshemmnissen wie Zöllen oder Qualitätsvorschriften befreit. Gleichzeitig wurden Dienstleistungen und die Produktion von Waren zunehmend internationalisiert. Zahlreiche Unternehmen mit Stammsitz in einem industriell entwickelten Land haben ihre Arbeitsplätze in Billiglohnländer des Südens verlagert. Fabriken und Produktionsstätten wurden vor allem dort errichtet, wo die Unternehmen von Steuern befreit und die Hürden durch Arbeits- und Umweltschutz gering sind, mit anderen Worten: wo Menschen stärker ausgebeutet und größere Profite erzielt werden können. Das Versprechen, dass dabei auch etwas für die Armen abfallen würde, hat sich jedoch als Trugschluss erwiesen. Tatsächlich hat sich die Ungerechtigkeit dramatisch verschärft. Das reichste Prozent der Weltbevölkerung besitzt über die Hälfte des globalen Vermögens – mehr als die übrigen 99 Prozent zusammengenommen. Demgegenüber führen 1,2 Milliar-

den Menschen einen schier hoffnungslosen Überlebenskampf. Sie leben von weniger als einem Euro am Tag. Millionen von ihnen leiden Hunger.

Heute besitzt ein Prozent der Weltbevölkerung die Hälfte des weltweiten Vermögens, so eine Studie von Oxfam (www.oxfam.de > „Der Preis der Profite“). Im Zuge der Globalisierung haben die Länder des Nordens inklusive einiger so genannter Schwellenländer ihre politische und wirtschaftliche Dominanz ausgebaut. So haben sie in den letzten Jahren gegenüber vielen schwächeren Staaten in Afrika, Asien und Lateinamerika Handelsabkommen durchgesetzt, mit denen sie sich den Zugriff auf wichtige Rohstoffe sichern. Die Gewinne aus dem Abbau und dem Handel mit Rohstoffen fließen dabei an internationale Konzerne und lokale Eliten. So kommt es, dass Länder wie Sierra Leone oder Mali, die über reichhaltige Rohstoffvorkommen verfügen, heute zu den ärmsten Ländern der Welt gehören. Gleichzeitig dienen die Länder des Südens als Absatzmärkte für Produkte aus dem Norden.

Die Europäische Union etwa überschwemmt mit hochsubventionierten, also mit öffentlichen Mitteln geförderten, landwirtschaftlichen Produkten Märkte in Afrika. Vie-

lerorts ist Gemüse, das in Europa gezogen wurde, günstiger als das aus heimischem Anbau. Bäuerinnen und Bauern in Kenia oder Haiti, die diesem europäischen Agrardumping nichts entgegenzusetzen haben, müssen aufgeben. Ihnen bleibt dann oft nichts anderes, als in die Städte abzuwandern. Mitverantwortlich für die Landflucht sind Konzerne, die sich die fruchtbarsten Agrarflächen aneignen. Riesige Plantagen, die oft durch die Abholzung von Regenwäldern entstehen, dienen der Herstellung von Biosprit oder Palmfett – Produkte, die „wir“ benötigen, nicht aber die Menschen vor Ort. Auch bei diesen Geschäften geht die lokale Bevölkerung meist leer aus, mehr noch: Sie verliert ihre bisherige Existenzgrundlage. Die Welt ist also nicht nur näher zusammen gerückt – sie ist gleichzeitig gespaltener denn je: Hier der reiche globale Norden mit seiner wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Übermacht, dort der globale Süden mit seinen Zonen des Elends, der Chancenlosigkeit und Ausgrenzung.

Was also heißt es, wenn heute allseits darüber gesprochen wird, Fluchtursachen zu bekämpfen? Es ist bemerkenswert, dass nicht die ungerechten Handels- und Wirtschaftsbeziehungen, die weltweit dominierende Produktionsweise mit ihrem hohen Ausstoß von Treib-

hausgasen, die Ausplünderung von Rohstoffvorkommen oder die Zerstörung lokaler Märkte als Ursachen angesehen werden. Vielmehr wird das in den Blick genommen, was daraus resultiert: der Zerfall von Staaten, die Verstädterung, gewaltsame Konflikte und menschengemachte Naturkatastrophen. Ausgeblendet wird dabei die Rolle, die der reiche Norden bei dieser Entwicklung spielt. Entsprechend konzentrieren sich die Überlegungen auf Maßnahmen, die an den eigentlichen Ursachen nichts ändern: auf den Ausbau der Entwicklungshilfe, die Bekämpfung von Schleuserbanden und die Errichtung von Auffanglagern weit vor den europäischen Außengrenzen. Selbst Abkommen mit Staaten, die die Menschenrechte missachten, wie Eritrea, der Sudan oder die Türkei sind europäischen Politikerinnen und Politikern recht, um Flüchtlinge in ihren Herkunftsregionen zu halten. Offenkundig zielt diese Politik nicht auf das Beheben von Fluchtursachen, sondern auf das Ausbremsen der Fluchtbe-

wegungen Richtung Europa. Dabei pochen die Menschen, die sich auf den Weg machen, nur auf einen anderen Aspekt der Globalisierung, der für uns selbstverständlich ist: auf Freizügigkeit.

Globalisierung von unten

In den weltweiten Flucht- und Migrationsbewegungen drückt sich daher nicht nur Ungleichheit und Vernichtung von Lebensgrundlagen aus, sondern auch der Anspruch auf ein würdiges Leben, auf eine „Globalisierung von unten“. Mit ihrem Aufbruch werfen Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten folgende zwei Fragen auf: Wieso sollen Waren und Finanzströme ebenso wie Geschäftsleute und Touristen aus dem globalen Norden ungehindert von A nach B ziehen dürfen, während ihnen das gleiche Recht vorenthalten wird? Und wenn der Markt längst globalisiert ist, warum nicht auch die Demokratie und das Recht auf Schutz, auf Freiheit und ein gutes Leben in Würde?

*Dieser Text wurde am 24.1.2019 von medico veröffentlicht:
<https://www.medico.de/warum-menschen-fliehen-16487/>*

Warum Menschen fliehen

Die Zahl der Menschen, die sich auf die Flucht begeben, steigt beständig. In den vergangenen zehn Jahren hat das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen UNHCR fast jedes Jahr neue Höchstzahlen vermeldet. Menschen verlassen ihr Zuhause, weil sie unmittelbar bedroht sind, aber auch weil sie für sich und ihre Kinder aufgrund von Armut, Arbeitslosigkeit oder Umweltzerstörung keine Perspektive auf ein Leben in Würde sehen. Dass die Chancen auf ein gutes Leben ebenso wie die Bedingungen des Überlebens weltweit extrem ungleich verteilt sind, ist die Hauptursache, die den meisten Flucht- und Migrationsbewegungen zugrunde liegt.



Perspektivlosigkeit und Armut

Die **42** reichsten Menschen der Welt – allesamt Männer – verfügen über den gleichen Reichtum wie die **ärmere Hälfte** der Weltbevölkerung, also rund **3,7** Milliarden Menschen.

Quelle: www.oxfam.de > „Der Preis der Profite“



Umweltzerstörung und Klimawandel

Allein 2017 wurden **18,8** Millionen Menschen von Naturkatastrophen zur Flucht gezwungen, von denen viele den Folgen des Klimawandels zugerechnet werden.

Quelle: www.internal-displacement.org/database/displacement-data



Krieg und Gewalt

In fast jedem **siebten** Land der Erde herrscht Krieg oder ein **bewaffneter Konflikt**.

Quelle: www.hiik.de/de/konfliktbarometer/



Diskriminierung und Verfolgung

In mindestens **drei von fünf** Ländern werden Menschen **gefoltert** oder anderweitig **misshandelt**.

Quelle: www.amnesty.de/amnesty-international-report-2016



Rohstoffhandel und Landraub

Sämtliche der **zehn** ärmsten Länder der Welt sind reich an **Rohstoffvorkommen**.

Quelle: www.frieden-fragen.de/entdecken/weltkarten.html



Zum Beispiel Syrien: Im Zuge des Arabischen Frühlings hatte sich 2011 in Syrien eine zu Anfang friedliche Rebellion für Demokratie und Freiheit erhoben. Die Herrschenden der Baath-Partei sahen der Erhebung jedoch nicht tatenlos zu und überzogen weite Teile des Landes mit brutaler Gewalt. Seitdem dominieren Gewalt und Gegengewalt den Alltag der Menschen im Land. Heute befindet sich fast die Hälfte aller Syrerinnen und Syrer auf der Flucht. Die meisten innerhalb ihres Landes oder in Nachbarländern.



Zum Beispiel Mali: Mali ist nicht nur der drittgrößte Goldproduzent Afrikas, sondern auch der zweitgrößte Erzeuger von Baumwolle. Doch trotz der großen Nachfrage nach dem „weißen Gold“ auf dem Weltmarkt leben heute vier von fünf Baumwollbauern und -bäuerinnen in Mali in Armut. Angesichts von Perspektivlosigkeit und zunehmender Gewalt hat inzwischen ein Viertel aller Malierinnen und Malier das Land verlassen. Die meisten bleiben in der Region, nur wenige versuchen nach Europa zu gelangen.



Zum Beispiel Kosovo: Im Kosovo ist die Situation für Roma, die größte ethnische Minderheit in Europa, besonders schwierig. Politisch verfolgt werden sie zwar nicht, formal haben sie die gleichen Rechte wie alle. Dennoch sind sie als Minderheit immer wieder Anfeindungen durch die kosovo-albanische Mehrheit ausgesetzt. Vor allem aber sind sie am stärksten von der landesweiten Armut und Arbeitslosigkeit betroffen, haben schlechteren Zugang zu Gesundheitsversorgung, Bildung und Wohnraum.



Zum Beispiel Sierra Leone: Das westafrikanische Sierra Leone ist so groß wie Bayern und verfügt über zahlreiche mineralische und landwirtschaftliche Rohstoffe. Die Vorkommen an Diamanten, Erzen und Mineralien, aber auch das fruchtbare Land könnten einen bedeutenden Beitrag zur Entwicklung des Landes leisten. Tatsächlich aber lebt die Mehrheit der fünf Millionen Einwohnerinnen und Einwohner unter der Armutsgrenze. An dem Abbau und Handel der Bodenschätze verdienen vor allem ausländische Unternehmen und eine kleine Elite in Sierra Leone.



Zum Beispiel Bangladesch: Bangladesch gehört schon heute zu den am dichtesten bevölkerten Staaten der Erde. Bis 2050 dürfte die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner trotz rückläufiger Geburtenrate auf über 200 Millionen angewachsen sein. Dann aber wird ein Großteil des Landes unter Wasser stehen. Weil sich das bettelarme Land ein aufwändiges Schutzsystem nicht leisten kann, sind die Küstenbewohnerinnen und -bewohner Sturmfluten und dem Anstieg des Meeresspiegels ausgeliefert und werden ihr Zuhause verlassen müssen.



„Flüchtlingskrise“ und „Willkommenskultur“ in Deutschland

Arian Schiffer-Nasserie

Vorbemerkung:

Wenn man an die Migrationspolitik der Bundesregierung in den letzten Jahren denkt, fällt einem als erstes der Satz von Angela Merkel „Wir schaffen das“ ein (der im Anschluss noch weiter ging...) Deutschland gilt als Land, das in einer großen humanitären Geste die Geflüchteten, die plötzlich an der Grenze standen, aufnahm. Über diese große Humanität erhitzen sich viele Gemüter: die einen verteidigten Merkel leidenschaftlich, die anderen hielten sie für national verantwortungslos. Letzteres war sie zweifellos nicht. Dass Deutschland allerdings eine ausgesprochen repressive Migrationspolitik verfolgte und verfolgt, dass die Zunahme der Flüchtenden Resultat auch deutscher Politik ist und dass die überraschende Aufnahme der Geflüchteten mit Humanität nicht viel zu tun hatte, hat Arian Schiffer-Nasserie bereits Ende 2015 gezeigt. Wir drucken ihn an dieser Stelle (stark gekürzt) ab, weil er erlaubt, die deutsche Migrationspolitik und die sich anschließenden Diskussionen realistisch einzuschätzen.

1. „Flüchtlingskrise“ in Deutschland – Was ist das?

Menschen verlassen ihre Heimat aufgrund von materieller Existenznot, Umweltzerstörung und Krieg. Das ist ganz und gar kein neues Phänomen. „Flüchtlingskrise“ in diesem brutalen Sinn herrscht

vielmehr seit über 60 Jahren und gehört zur ökonomischen und politischen Verfassung der herrschenden Weltordnung offenbar systematisch dazu. Davon jedenfalls gehen die maßgeblichen Staaten ganz selbstverständlich aus, wenn sie – bereits kurz nach dem 2. Weltkrieg – in Form der Genfer Flüchtlingskonvention und dem

UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR – den künftigen zwischenstaatlichen Umgang mit dem menschlichen Elend ihrer internationalen Konkurrenz verabreden. Und daran hat sich 25 Jahre nach dem Kalten Krieg und dem Sieg über das realsozialistische „Reich des Bösen“ nichts verbessert – im Gegenteil!

2. Die alte europäische Flüchtlingspolitik

Dass viele der Flüchtenden versuchen, Europa und besonders die wenigen erfolgreichen Staaten Deutschland, Frankreich, England und Schweden zu erreichen, ist ebenfalls seit Jahren so. Die Regierungen der Bundesrepublik begegneten der unerwünschten Zuwanderung seit den 1990er Jahren vor allem mit einem migrations- und asylpolitischen Maßnahmenbündel aus Abschreckung, Abwehr und Abschottung. Und sie setzten ihre flüchtlingspolitischen Ansprüche europaweit so kompromisslos durch, dass das Staatenbündnis seitdem auch den Beinamen „Festung“ trägt.

Insbesondere mit der so genannten Dublin-Verordnung verpflichtet die Bundesrepublik die Länder an der Süd- und Ostgrenze der EU auf die Registrierung, Internierung und Rücknahme jener Flüchtenden, die dort zuerst das Hoheitsgebiet des

Bündnisses betreten. Die beabsichtigte Folge: Deutschland wälzt erstens die humanitären Kosten seiner weltweiten Erfolge auf die europäischen „Partner“ ab, umgibt sich zweitens mit „sicheren Drittstaaten“ innerhalb und außerhalb der EU und stiftet so drittens bei diesen „Transitländern“ das ureigene Interesse an einer möglichst effektiven Grenzsicherung gegen Flüchtende, die ja ursprünglich nicht zu ihnen, sondern nach Nord- oder Westeuropa wollten.

Die unvermeidliche Konsequenz sind Zehntausende Tote und hoffnungslos überfüllte Aufnahmelager an den EU-Außengrenzen in den letzten 25 Jahren. Das alles war und ist nach Auffassung deutscher Führungskräfte in Politik und Presse keine Flüchtlingskrise. Vielmehr galt bis zum Spätsommer 2015 in der Bundesregierung die Sprachregelung, dass die Situation der Flüchtenden zwar bedauerlich, die Ursachen aber entweder bei „kriminellen Schleuserbanden“, welche die Menschen „mit falschen Versprechen aufs Meer locken“ oder aber in „Misswirtschaft, Korruption, Terror und Despotie“ der Herkunftsländer zu suchen seien – jedenfalls nichts mit der westlichen Weltordnung, dem Weltmarkt und der deutschen Rolle darin zu tun haben. Außerdem gebe es „nun mal“ europäische Regelungen

beim Umgang mit den Flüchtenden (Stichwort Dublin-Verordnung) und daran habe sich jedes Land zu halten. Deutschland könne jedenfalls beim besten Willen nicht „für das Elend der gesamten Welt“ die Verantwortung tragen.

Das alles war und ist nach Auffassung der Bundesregierung keine Flüchtlingskrise – die gibt es bekanntlich erst seit dem Spätsommer 2015. In diesem Jahr zeichnet sich nämlich immer stärker ab, dass die Flüchtenden es trotz aller Abwehrmaßnahmen in immer größerer Zahl schaffen, die EU lebend zu erreichen. Und nicht nur das: Sie kommen nach Zentraleuropa und wollen vorzugsweise nach Deutschland.

3. Die bisherige Flüchtlingspolitik der BRD gilt als „gescheitert“ – Warum?

Dass die Opfer der ökonomischen Weltmarkterfolge Deutschlands und der westlichen Weltordnung durch die EU-Außenstaaten und das Dublin-Verfahren bisher zuverlässig von der Mitte Europas (Deutschland, Frankreich) ferngehalten werden konnten, funktioniert offenbar nicht mehr. In diesem Sinne ist die bisherige Flüchtlingspolitik aus Sicht der deutschen Regierung

„gescheitert“ (Angela Merkel). Aber warum?

Zunächst einmal sind die vielen Flüchtenden weltweit Ausdruck der politischen und ökonomischen Weltlage. Immer neue Rekorde der Flüchtlingszahl zeugen von der zunehmenden Ruinierung weiter Weltgegenden.

a) Herkunftsländer

In vielen Herkunftsstaaten Afrikas und Asiens hat der Einbezug der ehemaligen Kolonien in den Weltmarkt die Lebensgrundlagen großer Bevölkerungsteile zerstört. Weder die kleinbäuerliche Landwirtschaft oder Fischerei noch die wenigen Industrie-Unternehmen sind der Konkurrenz auf dem Weltmarkt dauerhaft gewachsen; oft werden die bisherigen Bewohner und Nutzer des Landes auch schlicht vertrieben, weil Plantagenwirtschaft, Rohstoffgewinnung oder Tourismusindustrie für ihre Regierungen lohnender ist als nur ihr Überleben. Im Afrika südlich der Sahara zählt die UNO gegenwärtig 206 Millionen Hungernde. Zu den ökonomischen Gründen für Flucht treten politische: Die in den Drittweltstaaten auftretenden Verteilungskämpfe um die wenigen Reichtumsquellen, die es in den Ländern gibt, machen Korruption und politische Macht-



kämpfe zu einem Dauerzustand; oft entspringen daraus andauernde Bürgerkriege, in denen die Menschen auf Grundlage ethnischer oder religiöser Zugehörigkeiten um die verbleibenden Ressourcen kämpfen. Korruption, Bürgerkriege und Vertreibungen in den ehemaligen Ländern der Dritten Welt sind also nicht Ursache, sondern Folge der alternativlosen Zurichtung der Dritten Welt für einen Weltmarkt, aus dem die westlichen Staaten ihren Nutzen ziehen. Ähnliches gilt für die meisten Länder des früheren Ostblocks.

Zusätzlich haben die Weltordnungskriege des Westens den Westbalkan, den Nahen und Mittleren Osten aufgemischt (Kosovo, Irak,

Afghanistan). Die westlichen Interventionen während des „arabischen Frühlings“ haben dazu geführt, dass in Staaten wie Libyen und Syrien das staatliche Gewaltmonopol zerfällt und die mit westlichen Waffen ausgerüsteten Islamisten die Lebensgrundlagen von Millionen zerstören.

Bei all dem war und ist Deutschland dabei. Und das nicht unter „ferner liefern“, sondern als prominenter Nutznießer einer Weltordnung, welche die Freiheit des Geschäfts zum globalen Prinzip gemacht hat: Deutsche Unternehmen verkaufen ihre Waren in den EU-Staaten und in die ganze Welt, verschaffen sich die interessanten Rohstoffe (was viele Menschen von ihren Äckern

verdrängt) und Arbeitskräfte für ihr Geschäft und bauen weltweit Fabriken, um die Billiglöhne und Märkte anderer Länder für sich auszunutzen.

Mit seinen Exporten, die unter anderem deshalb so konkurrenzfähig sind, weil die deutschen Löhne massiv gesenkt wurden (Hartz IV und Niedriglohnsektor!), schädigt Deutschland andere Staaten bis zum Ruin. Dafür braucht es die entsprechende Absicherung der nationalen Interessen – freie Handelswege, sichere Schiffsrouten, Bekämpfung widerspenstiger Staaten bzw. „Terroristen“. Ob Deutschland dabei direkt agiert, ob es von seinen westlichen NATO-Partnern und ihren Weltordnungsaktionen profitiert oder ob es als drittgrößter Waffenexporteur der Welt genehme Kräfte vor Ort beliefert, die globalen Kräfteverhältnisse dadurch in seinem Sinne verändert und für sich schießen lässt (Bsp. Jemen) - all das sind die Mittel der deutschen Außenpolitik, die je nach Nutzen-erwägung gewählt und dann polit-moralisch begründet werden.

b) Anrainerstaaten und Transitländer

Anrainerstaaten dieser Kriege wie Iran, Jordanien und Libanon tragen bisher die Hauptlast der menschl-

chen Folgekosten. Zusammen mit der Türkei, Pakistan, Äthiopien, nehmen sie etwa 46% aller weltweit Flüchtenden auf. Insgesamt finden 86% aller Menschen auf der Flucht Aufnahme in anderen so genannten Entwicklungsländern.

Libanon und Jordanien sind angesichts ihrer eigenen ökonomischen Ruinierung und aufgrund mangelnder finanzieller Unterstützung aus anderen Staaten immer weniger dazu in der Lage, die Flüchtlinge auch nur zu ernähren, geschweige denn, bessere Unterbringung zu organisieren, den Kindern Schulunterricht zu gewährleisten. Deshalb versuchen viele nach Europa weiter zu fliehen und vergrößern so zunächst einmal die Zahl jener, die über die Türkei in die EU wollen.

c) Türkei

Millionen Flüchtlinge aus Irak, Afghanistan und ganz besonders aus Syrien leben am Rande der Städte oder in Lagern der Türkei. Von dort aus werden Kämpfer für Armeen rekrutiert, mit denen die Türkei, die USA und andere Staaten die Kräfteverhältnisse im Irak und im syrischen Bürgerkrieg in ihrem Sinne beeinflussen. Vor allem aber sorgt die Türkei so dafür, dass die Vertriebenen „nah an ihrer Heimat“ bleiben und nicht weiter nach

Westen fliehen. Um diese Funktion sicherzustellen, hat die EU bereits im Frühjahr 2014 mit der Türkei ein Abkommen geschlossen, das türkischen Bürgern (Visafreiheit) und Unternehmen (Zollerleichterungen) einen erleichterten Zugang zur Europäischen Union verspricht, wenn die Türkei im Gegenzug Flüchtlinge an der Weiterreise nach Westen hindert.

d) Griechenland, Italien, Ungarn etc.

Gemäß der Dublin-Verordnung (s.o.) hat Athen eigentlich die Aufgabe, jeden Flüchtling zu registrieren, ein Asylverfahren durchzuführen, ihn abzuschieben oder, sofern er aus humanitären Gründen nicht zurückgeschoben werden kann, ihn als „Geduldeten“ zu behalten. Allerdings hat die ökonomische Konkurrenz innerhalb des europäischen Binnenmarktes bzw. hat Deutschland als dessen größter Nutznießer viele süd- und osteuropäische Länder ebenfalls weitgehend ökonomisch ruiniert. In der Folge der Euro-Krise und der Brüsseler Sparvorgaben zur Rettung der Gemeinschaftswährung sind einige dieser Staaten nicht mehr fähig oder willens, die Flüchtlinge, die immer massenhafter anlanden, im Sinne der von Deutschland gewünschten Dublin-Regelung zu

verwalten. Besonders Griechenland. Nachdem die Syriza-Regierung bereits im Frühsommer 2015 erfolglos versucht hatte, gegen den Willen Deutschlands eine Neuverhandlung der Sparvorgaben zu erreichen, hat sie die Registrierung von Flüchtlingen weitgehend eingestellt und ließ diese ziehen. Damit wird ein Dominoeffekt auf der so entstandenen „Balkanroute“ (Bulgarien, Mazedonien, Serbien, Ungarn...) in Gang gesetzt: Die betroffenen Staaten handelten dann jeweils ähnlich.

Auch für Italien gilt bereits seit 2012, als nach der Zerstörung des libyschen Staates immer mehr Flüchtende Lampedusa / Italien erreichten, Vergleichbares. So hat Rom schon im Herbst 2013 nach der allgemeinen Aufregung über die Flüchtlingskatastrophe vor Lampedusa versucht, in Form einer Quotenregelung eine Verteilung der Flüchtlinge in die europäischen Staaten anzuregen bzw. wenigstens finanzielle Unterstützung für seine Rolle bei der Flüchtlingsabwehr zu bekommen. Das wurde ihm verweigert, insbesondere durch die deutsche Regierung.

An der europäischen Flüchtlingskrise wird insofern deutlich, dass viele der beteiligten Staaten in der supranationalen Verfassung des Bündnisses und dem damit verbundenen Souveränitätsverzicht

in Zeiten der Krise und unter den Bedingungen eines von Deutschland erzwungenen Sparprogramms keinen Nutzen mehr für sich erblicken und sich nicht weiter von der deutschen Hegemonialmacht zu einer Politik nötigen lassen wollen, die ihnen nur noch weitere Belastungen auferlegt. Die Flüchtenden werden darüber also auch noch zum Material eines innereuropäischen Machtkampfes und kommen ironischerweise gerade dadurch dem wirtschaftlichen und politischen Zentrum der EU immer näher.

Schlussfolgerung: Die Bundesregierung ist nicht einfach „mit Flüchtenden konfrontiert“, mit deren Zustandekommen sie nichts zu tun hat. Die Flüchtenden sind vielmehr Produkt der ökonomischen und politischen Interessen der erfolgreichen Staaten, nicht zuletzt der Bundesrepublik. Und sie werden zum Mittel in den zwischenstaatlichen Auseinandersetzungen.

4. Warum ändert Deutschland seine flüchtlingspolitische Position?

Deutschland ist dadurch in bisher ungekannter Zahl mit Flüchtenden konfrontiert, die über Ungarn und Österreich die deutschen Grenzen erreichen. Zum allgemeinen Erstaunen ihrer Bürger vollzieht die

Bundeskanzlerin in der Folge eine beachtliche Kehrtwende in der Flüchtlingspolitik und nimmt seit Ende August 2015 die ungeliebten Elendsgestalten, die sie bisher an die EU-Außengrenzen verbannen wollte, auf. Weder schließt sie ihre Grenzen zum Schengen-Raum, noch besteht sie kompromisslos auf Einhaltung der Dublin-Verordnung und erst recht setzt sie ihre Macht nicht ein, um die Einwanderer gewaltsam wieder außer Landes zu schaffen. An die Stelle der Abschottungspolitik setzt sie nun eine humanitäre Aufnahmephase und ruft ihre Bürgerinnen gleichsam zu einer „Willkommenskultur“ auf. Auch wenn es die meisten Bundesbürger kaum fassen können, weil sie entweder als nationalistische Patrioten im Handeln der Regierung glatten „Volksverrat“ sehen oder als patriotische Humanisten von der ungeahnten Güte ihres Vaterlandes gerührt sind – die Regierenden verfolgen realpolitischere Ziele mit ihrer flüchtlingspolitischen Wende und bleiben der Staatsräson der Bundesrepublik dabei ganz treu.

Ihren Ausgangspunkt nimmt die flüchtlingspolitische Wende in der staatlichen Feststellung, dass die Fortsetzung der bisherigen Verfahrensweise mit illegal Eingereisten immer weniger funktioniert. Die Alternative, die Schließung der deutschen Grenzen, wie es Ungarn und

andere zeitweise mit Hinweis auf die Dublin-Verordnung praktizieren und wie es selbsternannte Staatsschützer nicht nur in Heidenau auch für Deutschland massenhaft fordern, kommt für die regierenden Patrioten auf keinen Fall in Frage, gilt sogar als „undeutsch“ (Vizekanzler Gabriel). Weil die nationale Grenzschießung nämlich gleichsam ein Ende des „Schengen-Abkommens“ und der europäischen Freizügigkeit im Personen- und Warenverkehr bedeuten würde, ist man in Berlin besorgt, dass der Rückfall in die nationale Grenzsicherung eine der wichtigsten Bedingungen für den bisherigen und künftigen Aufstieg Deutschlands zur führenden (Welt)wirtschaftsmacht in Europa gefährdet. In diesem Sinne ist die „Flüchtlingskrise“ für Deutschland zugleich eine EU-Krise, die vitale Interessen tangiert. Für Deutschland steht also viel mehr auf dem Spiel als das Überleben der Flüchtenden; nämlich die Bewahrung des schranken- und grenzenlosen

EU-Binnenmarktes als Bedingung der weiteren Kapitalakkumulation deutscher Unternehmen und der Vormachtstellung der Bundesrepublik in Europa.

Aus einem ähnlich gelagerten Grund kommt auch die Abschiebung der Flüchtlinge aus Syrien und Irak in ihre Herkunftsländer für die Bundesrepublik nicht in Frage. Denn damit würde Deutschland gegen die Genfer Flüchtlingskonvention verstoßen, der es 1951 beigetreten ist. Ein Land wie Deutschland will an dieser Weltordnung, die ihm nützt, teilhaben. Diese Teilhabe wegen der jetzt anfallenden Kosten für Flüchtlinge zu kündigen, ist daher keine Option. Im Gegenteil: Deutschland will, dass die Flüchtlinge, die wegen des dargelegten Zustands der Weltordnung und Deutschlands Rolle darin in immer größerer Zahl anfallen, sozusagen „geordnet“ verwaltet werden und fordert deshalb eine modernisierte Weltelendsverwaltung.

Arian Schiffer-Nasserie ist Professor für Sozial- und Migrationspolitik sowie Rassismusforschung an der Evangelischen Fachhochschule in Bochum. Kontakt: schiffer-nasserie@efh-bochum.de

*Zuerst erschienen in Überblick 4/2015, 21. Jg.
<http://www.ida-nrw.de/publikationen/ueberblick/>*

*danach u.a. im „Migazin“
<https://www.migazin.de/2016/01/15/abweichende-ueberlegungen-fluechtlingskrise-willkommenskultur-deutschland/>*

Gegen den Frieden

Arian Schiffer-Nasserie

Vorbereitet wird der Krieg stets noch im Frieden
und Frieden wird durch Krieg geschaffen.
Krieg und Frieden sind verschieden,
doch für beide braucht es Waffen!

Und es rüsten gute Mächte,
Die Begründung: Es gibt Schlechte!
Wer den nächsten Krieg gewinnt,
bestimmt auch, wer die Bösen sind.

Zwar ist das Argument eher zirkulär,
auch ist dies nicht des Krieges Grund,
dafür ist es populär,
zwar logisch nicht - wen kümmert's - Und?

Der Grund für Kriege auf der Welt,
es ist so schlicht und so brutal,
die Konkurrenz um Macht und Geld,
– seit Weltkrieg Eins ist sie global –
der letzte Grund – das Kapital.

Zwar will es friedlich sich vermehren,
was Konkurrenten jedoch stets erschweren,
im Innern braucht es deshalb eine Kraft,
die Gutes will und Böses schafft...

Der Staat – im Frieden leidlich nur gelitten,
denn ständig wird um ihn gestritten,
Nach Außen als Nation geeint,
trifft er auf Gleiche – auf den Feind.

Weil dort am Weltmarkt fremde Mächte walten,
die es (mit ihrer Wirtschaft) ganz genau so halten,
weil dieses Weltgeschäft des einen Nutzen und der (vielen) andern Schaden,
wird stets gestritten – um den Laden.

Ihr wollt den Frieden?
Ihr frommen Schafe, fleißig Bienen?
Wollt weiter dienen und verdienen?
Verehrte und vernunftbegabte Affen?
Dafür braucht's nun einmal Waffen!

Ist ein Anker-Zentrum eine Totale Institution?

Kai Bammann

Was ist das, eine „Totale Institution“?

Der Begriff der Totalen Institution geht zurück auf den Soziologen Erving Goffman und dessen Werk „Asyle. Über die soziale Situation psychiatrischer Patienten und anderer Insassen“, das in Deutschland erstmals 1973, in den USA erstmals 1961 erschienen ist. Der Titel des Werkes ist allerdings für den heutigen Sprachgebrauch irreführend, denn es geht nicht um das, was heute mit dem Begriff Asyl verbunden wird. Die Asyle in Goffmans Studie sind die Psychiatrien, die früher (im Englischen wie auch im Deutschen) als Irrenasyle bezeichnet wurden. Folgerichtig hat er für seine Untersuchung zunächst geschlossene Psychiatrien aufgesucht und dort den Alltag beobachtet. Später hat er dies auf andere Orte, wie Gefängnisse, ausgeweitet. Goffman arbeitete sowohl spezifische Eigenschaften der Einrichtungen heraus, als auch charakteristische Verhaltensweisen der Insassen. Für die von ihm beobachteten Organisationen prägte er

den Begriff der Totalen Institution. Das Wort „total“ im Titel verleitet dabei insbesondere in Deutschland leicht zu Missverständnissen. Es hat nichts zu tun mit „totalitär“, sondern es bedeutet „total“ im Sinne von alles-umfassend.

Goffmans Studie kann hier nur grob umrissen werden. Vereinfacht gilt für eine Totale Institution: es ist 1. eine geschlossene Einrichtung. 2. gibt es eine Autorität, die die Gestaltung des Lebens der Insassen komplett vorgibt, 3. gibt es eine Gruppe von „Gleichgesinnten“, die als Insassen dasselbe Schicksal (d.h.: Aufgaben und Alltag) teilen 4. erfahren diese Personen einen vollständig vorgeplanten Tagesablauf (vom Aufstehen, Essenzeiten, Arbeitszeiten bis hin zum Tagesende), auf den der Einzelne keinen Einfluss hat, der zudem überwacht wird und in dem es vorgegebene Regeln gibt, die zu befolgen sind. Verbunden wird dies 5. durch ein übergeordnetes Ziel, das es durch die Organisationsform zu erreichen gilt, und das ebenso extern vorgeschrieben wird.

Das zu erreichende Ziel muss weder ein höheres sein; noch muss es im Interesse der Insassen liegen. Dies schließt sich jedoch auch nicht aus. So gelten z.B. für die Psychiatrie als Ziel(e) einerseits die Gesundung des Patienten – andererseits aber auch Sicherung der Gesellschaft vor diesem. In einem Gefängnis ist es neben dem Schutz der Allgemeinheit immer auch die Resozialisierung. Der Begriff lässt sich aber auf viele andere Einrichtungen ausdehnen: auch Klöster, Krankenhäuser, selbst das Schiff auf großer Fahrt ist eine Totale Institution.

Der Rahmen, d.h. die Organisation ist das eine; die Insassen sind das andere Thema. In der Totalen Institution befinden sich immer – dies ist eine Definitionsvoraussetzung – viele Menschen, die auf die Gestaltung ihres Alltags, ihre Aufgaben, die Abläufe der Organisation keinen Einfluss haben und dieser vollständig unterworfen sind. Die so Betroffenen müssen irgendwie – bei beschränkten eigenen Möglichkeiten – sehen, wie sie in der Totalen Institution zurecht kommen. Goffman hat beobachtet: die Insassen passen sich an.

Vereinfachend lassen sich hier einige immer wieder zu erlebende Anpassungsmechanismen finden. Dies sind im Einzelnen: die „Kolonisierung“ (Anpassen und

Aufgehen in der Organisation), die „Konversion“ (das Übernehmen einer Rolle, zumeist der des perfekten Insassen), aber auch „Rebellion“ oder „Regression“, d.h. der Rückzug aus dem Leben – im schlimmsten Fall bis hin zur Resignation an den Umständen. Es handelt sich dabei um keine starren Kategorien. Oft sind die Grenzen fließend, und oft verhalten sich Menschen im Laufe der Zeit auch situations- und stimmungabhängig unterschiedlich. Es zeigt aber: all dies sind keine normalen Reaktionsformen. Sondern sie entstehen aus den (unnatürlichen) äußeren Bedingungen der Totalen Institution – in Verbindung mit der Persönlichkeit, aber auch im Zusammenspiel aller Insassen (dort, in der Gruppendynamik, berührt die Soziologie die Psychologie).

Ein weiterer wichtiger Aspekt der Totalen Institution ist, dass es immer so etwas wie „zwei Seiten“ gibt: nämlich die Insassen (die geschilderten Betroffenen) auf der einen und diejenigen, die die Regeln festlegen bzw. auch überwachen auf der anderen Seite. Die Totale Institution beruht auf Abhängigkeiten und erlebter eigener Wirkungslosigkeit. Insofern erweist sie sich als dysfunktional. Die Insassen müssen sich an die Gegebenheiten der Totalen Institution anpassen, einfügen. Mehr... geschieht erst einmal nicht. Der Patient in der

Psychiatrie bekommt auf ihn zugeschnittene therapeutische Angebote, die ihn beim Gesundwerden unterstützen. Zugleich leidet er aber ggf. an der sozialen Isolation, fehlenden Besuchskontakten, fehlenden Möglichkeiten, die Einrichtung zu verlassen, unfreiwillig nahen Kontakten zu Menschen, mit denen er nicht zurecht kommt, unerwünschten Nebenwirkungen von Medikamenten. Und auch: dem Verlernen, für sich selbst da zu sein. Alleine „draußen“ zurecht zu kommen, kann anstrengend sein. Auch die Gewöhnung an die Einschränkungen ist daher ein (negativer) Effekt. Die Totale Institution schränkt ein; gleichzeitig versorgt sie aber auch mit allen, was zum Leben notwendig ist – und verhindert so, dass Insassen für sich selbst sorgen können/ lernen.

ganz eigener Gruppendynamiken sein kann. Sind alle Insassen gut angepasst (möglicherweise „scheinangepasst“) so herrscht eine scheinbare Ruhe. Gibt es einzelne, die gegen die Vorgaben rebellieren, entsteht zunehmend Unruhe. Das Verhalten eines Einzelnen lässt sich so nicht voraussagen. Es lässt sich aber voraussagen, dass in einer Zwangsgemeinschaft Konflikte drohen, und welche das sind.

Sind Anker-Zentren Totale Institutionen? Und wenn ja: was folgt daraus?

Erstaunlich ist, dass in der Literatur so wenig darüber zu lesen ist, ob (= dass) die geplanten AnKER-Zentren Totale Institutionen sind. Vermutlich liegt dieser Mangel an Literatur darin begründet, dass der Begriff der „Totalen Institution“ in die Jahre gekommen ist. Und dass die Schlussfolgerung bezüglich der AnKER-Zentren eine so selbstverständliche ist.

Ja, ein AnKER-Zentrum ist eine Totale Institution.

Es ist ein in sich geschlossenes System; der Alltag, ja das ganze Leben ist den Bewohnern vorgegeben; die Insassen haben Regeln zu befolgen, auf die sie keinen Einfluss haben. Die Einrichtung kann nicht verlas-



Der Dualismus: Insassen vs. Bewacher impliziert immer auch ein „Wir gegen sie“, das Ausgangspunkt

sen werden. Es gibt auch ein extern vorgegebenes Ziel, das durch die Struktur der Totalen Institution verfolgt wird. Das bedeutet aber auch: es ist mit genau den Problemen zu rechnen, die Totale Institutionen nun einmal mit sich bringen. (Und der Hinweis sei gestattet: je größer, desto schwieriger ist ein System zu beherrschen, bzw. desto mehr Personal und Unterstützung würde es erfordern).

Diese Erkenntnis bedeutet zunächst einmal: es ist eine unnatürliche und ungesunde Umgebung. Das AnKER-Zentrum als „Zentrum für Ankunft, Entscheidung, Rückführung“ ist geplant als Sammelpunkt für alle, die neu in Deutschland eintreffen. Ankommen, Entscheiden, Rückführen (im Übrigen: nicht Ankommen, Entscheiden, Bleiben). Es geht um Verwaltungsentscheidungen und auch darum, die Ankommenden an einem Ort zu wissen. Das Ziel ist für die Einrichtung: verwalten, verwahren und entscheiden. Es ist für die Ankommenden die existentielle Frage des Hierbleibens oder wiedergehen-müssens. Hier verbirgt sich ein gehöriges Konfliktpotential: das Ziel der beiden Seiten ist nicht deckungsgleich. Das Ziel der Insassen untereinander ist es zwar. Es ist aber längst nicht von allen erreichbar. Hier ist das AnKER-Zentrum originäre Totale Institution, da alles vorgegeben ist, es kein „außerhalb“

gibt und die Insassen den Akt des Verwalteten- und des Verwahrtwerdens passiv hinnehmen müssen.

Nur angedacht sei hier, dass neben den „üblichen“ Rahmenbedingungen der Totalen Institution noch weitere Konfliktpunkte entstehen können: verschiedene Heimatländer, Kulturen, Sprachen, Religionen; zuweilen auch solche, die miteinander konkurrieren. Menschen ohne Traumata, und viele mit solchen: aus der Flucht, oder aus Kriegsgeschehen.

Man muss die negativen Auswirkungen der Totalen Institution jedoch in den Blick nehmen, ernst nehmen, um zu wissen, dass hier ein System geschaffen wird, das instabil ist und negative Auswirkungen auf die Betroffenen haben kann (fast zwangsläufig haben wird). In der Psychologie spielt hier dann z.B. das Konzept der „erlernten Hilflosigkeit“ von Seligman hinein. Oder in der positiven Gegenwirkung: Empowerment und Resilienz. Die Totale Institution ist gerade keine Einrichtung, die Resilienz und Empowerment fördert; sie funktioniert dysfunktional, nämlich nur dann, wenn die Menschen in ihr einfach nur funktionieren.

Zusammengefasst bedeutet dies: die Totale Institution ist keine gesunde Organisation und ist gewiss

keine, die gesund erhält. In Gefängnissen und Psychiatrien gelingt der Erfolg nur dann, weil mit den Menschen gearbeitet wird, und das Ziel das Verlassen der Einrichtung und ein Entlassen in die „normale“ Gesellschaft ist. Kurz: eine (positive, mindestens aber klare) Perspektive. Dies erfordert jedoch regelmäßig einiges an Kraftanstrengung – seitens der Insassen wie seitens des Personals (und vor allem: der Personaldichte). Das AnKER-Zentrum hingegen, wie es derzeit geplant ist, ist im Grunde nur so etwas wie ein Wartezimmer, in dem mit dem Menschen nichts, und allenfalls in der Verwaltung einiges geschieht. Man kann den negativen Auswirkungen der Totalen Institution hier nicht gezielt entgegenwirken – da für die Dauer der Unterbringung der künftige Weg ja gerade noch unbestimmt ist. Worauf sollte die „Totale Institution AnKER-Zentrum“ vorbereiten, wenn das Ziel für den Einzelnen noch in der Schwebe ist?

Und wie den negativen Effekten auf die Persönlichkeit, wie Verhaltensstörungen, entgegenwirken? Eine Totale Institution schafft zunächst einmal Menschen, die nur eines lernen: sich in der Totalen Institution mit ihrem Leben zu arrangieren. Mehr nicht. Erst in einem zweiten Schritt müssen Ziele definiert werden, die dann entweder auf den Erfolg der Totalen Institution und/oder auf das Leben danach vorbereiten.

Weder das eine, noch das andere ist gegenwärtig bei den AnKER-Zentren angedacht. Verwaltung alleine mag ökonomisch gedacht sinnvoll sein. Vergessen werden hierbei aber die soziologischen, psychologischen, oft auch medizinischen Aspekte. Im einfachsten Fall vergeudet dies Zeit, im schlimmsten Fall gibt es durch die Unterbringung zusätzliche negative Auswirkungen, die dann auch noch zu bewältigen wären.

Erstveröffentlichung in AMOS Heft 2/2019 (www.amos-zeitschrift.eu)

Dr. jur. Dr. phil. Kai Bammann ist Jurist, Kriminologe und Kunsttherapeut und hat lange Zeit im Bereich Strafvollzug/ Straffälligenhilfe gearbeitet. Aktuell liegt sein Arbeitsschwerpunkt bei Menschen mit Behinderungen und Menschen mit psychischen Erkrankungen. Kontakt über kbammann@t-online.de

Anker-Zentren! – Zivilgesellschaft lieber draußen bleiben!?

David Schütz

Woher kommt dieses Misstrauen gegenüber dem bürgerschaftlichen Engagement, das zur Stelle war, als Kommunen, Landes- und Bundesregierung in großer Bedrängnis waren? So vorbehaltlos, kreativ und überaus erfolgreich, hochgelobt und vielfach geehrt ... wer konnte vor drei Jahren ahnen, dass der unverzichtbare Eigensinn des Bürgerschaftlichen Engagements im Grunde doch wieder nur die feine Ordnung des Systems stört.

Vor den Toren der Anker-Zentren sorgen bürokratische wochenlange Überprüfungen dafür, dass das inklusive Potential des freiwilligen Engagements faktisch nicht mehr zum Zuge kommt. Abgelegen, ausgelagert, umzäunt, scharf kontrolliert – das System schließt die Zivilgesellschaft faktisch aus. Konzepte einer ehrenamtsfreundlichen Einrichtung sehen anders aus. Wer trotzdem davon spricht, dass das „Ehrenamt“ hier erwünscht ist, kann nicht das bürgerschaftliche

Engagement meinen, den Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält.

Seit 20 Jahren arbeite ich in der Engagementförderung mit Freiwilligen jeden Alters im sozial-caritativen Feld. Immer schon faszinierte mich das unglaubliche Potential des bürgerschaftlichen Engagements, das sich in unserer auf Freiheit, Demokratie und Respekt basierenden Gesellschaft innovativ, kreativ und nachhaltig entfalten kann. Und so war es für mich eine berufliche Sternstunde zu erleben, wie unsere Zivilgesellschaft im Herbst 2015 über sich hinaus gewachsen ist und in einem Klima des Vertrauens zwischen allen Institutionen, zwischen Behörden und Zivilgesellschaft sowie zwischen Haupt- und Ehrenamt ohne Ängste, Konkurrenzen und Ausgrenzung die notleidenden geflüchteten Menschen aufgenommen hat. Auch wenn das Gute im Menschen so wunderbar zum Ausdruck kam, so hatte ich nie den Eindruck, dass die Kritik an den

blauäugigen Gutmenschen niemals angemessen war. Sehr planvoll und realistisch haben die Bürger*innen sich verhalten; sie haben – unterstützt von guten Förderprogrammen und bürgerfreundlichen Hauptamtlichen in Kommune und Wohlfahrtsverbänden - effektiv Strukturen und Hilfen auf- und ausgebaut, so dass nachhaltig Integration gelingen kann – bis heute.

Das Projekt der Anker-Zentren und Zentralen Unterbringungseinrichtungen ist dagegen ein offener Misstrauensantrag gegenüber dem verdienten und unverzichtbaren bürgerschaftlichen Engagement. Einer Gesellschaft der Freiheit unwürdig, der Würde der dort untergebrachten Menschen beim genaueren Hinschauen erst recht. Hinter den Mauern und Zäunen der Unterbringungseinrichtungen bleibt vom Eigensinn und von der der Freiheit des bürgerschaftlichen Engagements aber so gar nichts mehr übrig.

Doch ganz besonders bedrückt mich als Mitarbeiter in Kirche und Caritas, dass in unserer Gesellschaft durch die Anker-Zentren das fein entwickelte Solidaritätsempfinden und das Mitgefühl für Menschen am Rande der Gesellschaft regelrecht weggedrückt und ausgegrenzt wird. Die geflüchteten Menschen untergebracht in der Mitte der Gesellschaft, das ist einer Gesellschaft wie der unseren würdig. So können wir als Gesellschaft das Mitgefühl und die Solidarität, die uns als menschliche Gesellschaft auszeichnet, entwickeln und pflegen. Sammelunterkünfte an den Rand oder aus dem Blick der Gesellschaft zu verbannen, ist nicht nur für die geflüchteten Menschen unwürdig, es beschädigt auch unser Solidaritätsempfinden, beschädigt uns als Gesellschaft. Wissen die Verantwortlichen nicht, was sie damit bewirken? Ist die Angst so groß, dass wir uns so wenig zutrauen und dem Besten in unserer Gesellschaft misstrauen?

Erstveröffentlichung in AMOS Heft 2/2019 (www.amos-zeitschrift.eu)

David Schütz, ist Dipl. theol., Dipl. Soz.Arb., Referent Gemeinde-Caritas und Ehrenamtskoordination im Caritasverband Datteln und Haltern am See

Migrationspolitik von unten

Flucht ist ein Menschenrecht

SEEBRÜCKE Münster

Vor 80 Jahren, im Jahr 1939, fuhr das Passagierschiff St. Louis mit 937 hauptsächlich jüdischen Flüchtlingen von Hamburg aus in Richtung Amerika. Die Menschen flohen vor Verfolgung und Ermordung durch die Nationalsozialisten. Sie suchten einen sicheren Hafen und hofften einen sicheren Ort zu finden. Nach mehreren Monaten und der Ablehnung der Menschen sowohl an der kubanischen, US-amerikanischen, als auch der kanadischen Grenzen mussten fast alle Flüchtenden zurück nach Europa. Ein Großteil der Menschen gelangte nach der Besetzung Belgiens, Frankreichs und der Niederlande in deutsche Gefangenschaft. Mindestens 254 von ihnen wurden im Laufe der Shoah ermordet.

Diese Geschichte erinnert uns daran, wie sehr innenpolitischer Druck, wie in den USA und Kanada oder neue Visabestimmungen die Rettung von Menschen vor Tod und Verfolgung unterminiert. Menschen wurden in ein Europa zurückgebracht, das vom Faschismus und Antisemitismus zersetzt war, weil

sichere Staaten nicht bereit waren, ihnen Schutz und Hilfe anzubieten. Ein Resultat aus dieser und vieler weiterer schrecklichen Geschichten der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts waren Errungenschaften wie die Genfer Flüchtlingskonvention oder die europäische Erklärung der Menschenrechte.

So entstand auch Artikel 33, Absatz 1 der Genfer Flüchtlingskonvention: *„Keiner der vertragschließenden Staaten wird einen Flüchtling auf irgendeine Weise über die Grenzen von Gebieten ausweisen oder zurückweisen, in denen sein Leben oder seine Freiheit wegen seiner Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung bedroht sein würde.“*

Eigentlich sollte zum Thema Rettung im Mittelmeer damit und mit wenigen anderen Artikeln des Seerechts und der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte alles gesagt sein. Doch was wir derzeit sehen, ist eine Wiederholung der

Fehler. Fliehenden Menschen werden kaum legale Einreisemöglichkeiten gewährt, sie werden zurückgewiesen und sterben auf immer schwierigeren Fluchtrouten. Menschen fliehen vor Hunger, Vertreibung, Missbrauch. Sie fliehen vor den Auswirkungen des menschengemachten Klimawandels, weil sie in ihrem Land keine Perspektive mehr sehen oder weil sie auf Grund ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Einstellung oder ihrer Religion Verfolgung ausgesetzt sind. Sie stehen vor ähnlichen Herausforderungen wie die jüdischen Flüchtlinge während der faschistischen Diktaturen in Europa. Sie suchen einen sicheren Ort zum Bleiben und einen sicheren Hafen zum Ankommen.

Zentrale Mittelmeerroute und Libyen

Am Ende einer langen Flucht müssen viele Menschen in Lagern in Libyen ausharren. Dort werden sie von den dortigen Milizen versklavt, gefoltert und teilweise getötet. Kaum eine flüchtende Frau kommt aus Libyen heraus, ohne vergewaltigt worden zu sein. In Libyen herrscht Bürgerkrieg, es gibt seit Jahren keine funktionierenden staatlichen Strukturen. Immer wieder werden Lager beschossen. Betroffene selber erzählen, sie seien lieber tot als weiter in Libyen blei-

ben zu müssen. So ist der Weg übers Mittelmeer mit meist kaum fahrtüchtigen oder hochseetauglichen Booten oft die einzige Rettung. Die staatliche Seenotrettung, welche erst durch die Mission Mare Nostorum, Triton und die Militärmission Sophia aufrechterhalten wurde, ist eingestellt. Dieses Vakuum an praktischer Solidarität und Verteidigung fundamentaler Menschenrechte wird mittlerweile fast ausschließlich von Seenotrettungsorganisationen, wie Sea-Eye, Sea-Watch oder SOS-Mediterranée geschlossen. Statt die Seenotrettung von staatlicher Seite wieder aufzunehmen oder zivile Seenotrettung zu unterstützen, versucht die Europäische Union diese zu kriminalisieren. Des Weiteren finanziert die EU die Ausbildung der sogenannten libyschen Küstenwache, welche illegale Push-Backs durchführt und die Menschen zurück nach Libyen bringt. Die EU verletzt damit direkt den bereits zitierten Artikel 33 der Genfer Flüchtlingskonvention und internationales Seerecht.

Während das letzte Jahr von sehr langen Stand-Offs der NGO-Schiffe geprägt wurde und die Schiffe mit geretteten Menschen teilweise Wochen vor der italienischen Küste ausharren mussten, können wir zu Beginn des Jahres 2020 diesbezüglich eine Verbesserung feststellen. Nichtsdestotrotz werden bereits

andere Möglichkeiten gefunden, NGO-Schiffe festzusetzen und an ihrer lebenswichtigen Arbeit zu hindern. Aufgrund des Corona-Virus werden momentan die Crews der Sea-Watch 3 und Ocean Viking für zwei Wochen auf dem Schiff in Quarantäne gehalten. Natürlich müssen medizinische Vorsichtsmaßnahmen in Hinblick auf das Coronavirus respektiert und berücksichtigt werden. Dass diese nur bei NGO-Schiffen durchgesetzt werden, lässt uns allerdings an der wirklichen Motivation zweifeln.

Zum Redaktionsschluss des Artikels am 9. März 2020 befindet sich kein einziges Rettungsschiff in der Search-and-Rescue Zone vor der libyschen Küste. Aufgrund eines gesunkenen Bootes mit mindestens 91 Menschen überschreiten wir Anfang März die 20.000 Toten im Mittelmeer. Damit ist das Mittelmeer die tödlichste Grenze der Welt.

Was ist die Seebrücke?

Gegen diese Kriminalisierung der Rettung von Menschenleben und aus dem Gefühl heraus, dass die Migrationspolitik zugunsten der Helfenden und Flüchtenden verändert werden muss, hat sich im Juli 2018 die SEEBRÜCKE-Bewegung gegründet. In mittlerweile über 100 Städten haben sich innerhalb

des letzten Jahres Lokalgruppen gebildet. Viele der Aktivist*innen sind fassungslos, wieder für grundlegende Menschenrechte auf die Straße gehen zu müssen und für Errungenschaften zu kämpfen, die so selbstverständlich schienen.

Die SEEBRÜCKE solidarisiert sich mit allen Menschen auf der Flucht und setzt sich für eine Verbesserung der Migrationspolitik ein. Deswegen fordern wir seit einem Jahr sichere Fluchtwege, die Entkriminalisierung der Seenotrettung und die menschenwürdige Aufnahme von Personen, die gerettet wurden. Innerhalb des Seenotrettungs- und Migrationskontext ist sie ein wichtiger Schnittpunkt zwischen Zivilgesellschaft, Seenotrettungs-NGOs und der Politik.

Langfristig wird die Abschottung Europas keine Lösung globaler Verteilungs-, Sicherheits- und Klimaprobleme sein, und die Würde des Menschen endet nicht in südlicher Richtung am Mittelmeer. Menschenrechte gelten für alle Menschen, egal woher sie kommen. Das ist eine der Lehren, die aus dem oben beschriebenen Fall und den gesamten Übeln des letzten Jahrhunderts gezogen werden sollten. Ein Mensch ist nicht weniger wert, weil er oder sie tausende Kilometer südlich geboren wurde. So selbstverständlich wie Menschen aus

Europa in alle Länder der Welt in den Urlaub fahren, sollten alle Menschen die Möglichkeit haben, auf legalem Weg Zuflucht in Europa zu suchen. Ungleichheit manifestiert sich auch in ungleicher Bewegungsfreiheit und ungleichen Möglichkeiten, sich frei seinen Lebensraum zu wählen. Legale Einreisewege - nur so lassen sich langfristig tödliche Fluchtrouten ausdünnen. Migrationsforscher*innen, wie Prof. Sonja Buckel, schlagen dazu seit langem Möglichkeiten der Einreise über humanitäre Visa vor. Rechtliche Möglichkeiten dazu bestehen, werden aber von staatlicher Seite bisher kaum angeboten oder genutzt.



SEEBRÜCKE SCHAFFT SICHERE HÄFEN!

Andere Wissenschaftler*innen wie Gesine Schwan beschäftigen sich seit Jahren mit der kommunalen Aufnahme von Menschen und deren Finanzierung durch EU-Fonds. Dabei sollen die Kosten, die der

Kommune durch die Aufnahme entstehen, in doppelter Höhe übernommen werden, um die generelle kommunale Entwicklung zu fördern. An dieses Konzept schließt sich das Konzept der Sicherer Häfen an. Denn was bisher noch fehlt, sind Möglichkeiten der kommunalen Aufnahme von Menschen auf der Flucht.

Sichere Häfen

Genauso schlagen sich die oben genannten Veränderungswünsche aus der Zivilgesellschaft im Konzept Sicherer Hafen nieder. Dieses Konzept basiert auf der Annahme, dass die Zivilgesellschaft und Kommunalpolitik ein Mitspracherecht in der Migrationspolitik erhalten. Die Wünsche, Sorgen und Vorstellungen der Zivilgesellschaft werden momentan kaum wahrgenommen. Dabei haben sich hunderttausende Menschen unter dem Banner der SEEBRÜCKE für eine positive, offene

und solidarische Migrationspolitik eingesetzt. Am bundesweiten Aktionstag der Seebrücke im Juli 2019 beteiligten sich europaweit über 100 Städte. Täglich finden in Deutschland Aktionen der Seebrü-

cke in verschiedenen Kommunen statt. All diese Menschen wollen sich in der Politik und vor allem in der Politik ihrer Kommune wiederfinden. Genauso haben 2015 die Menschen vor Ort und die Kommunen die Herausforderungen des Summer of Migration gemeistert. Kommunale Vertreter*innen können am besten einschätzen, was benötigt wird und welche Herausforderungen gemeinsam mit der Zivilgesellschaft gemeistert werden können. Deswegen ist das Konzept Sicherer Hafen ein Angebot an die Kommunen, gemeinsam mit der Zivilgesellschaft die Migrationspolitik von unten zu verändern. Entsprechende Ansätze wie der von Gesine Schwan sind seit langem in der öffentlichen Diskussion vertreten.

Städte und Gemeinden sind die Orte des Ankommens und Bleibens, die dortige Zivilgesellschaft ist die neue soziale Heimat der Menschen und die Stadt/Gemeinde das neue Zuhause. Es werden die Mitbestimmung und Demokratisierung der Prozesse gefördert, indem direkte Aufnahmewünsche aus der Zivilbevölkerung umgesetzt werden. Langfristig hat das Konzept das Ziel, das solidarische Zusammenleben in einer Stadt zu fördern und Solidarität und Menschlichkeit wieder zu grundlegenden Pfeilern des demokratischen Prozesses zu machen.

Ein *Sicherer Hafen* zu werden ist ein Prozess auf den sich eine Kommune durch einen Ratsbeschluss begibt. Die SEEBRÜCKE fordert, dass folgende Punkte umgesetzt werden sollten:

- Öffentliche Solidaritätsbekundung mit Geflüchteten und den Zielen der SEEBRÜCKE
- Öffentliche Positionierung gegen die Kriminalisierung der Seenotrettung
- Aufnahme von aus Seenot geretteten Menschen zusätzlich zur Quote
- Einsatz für neue kommunale Aufnahmeprogramme und für die Ausweitung bestehender Programme gegenüber der Bundes- und Landesregierung
- Vernetzung mit anderen Sicherer Häfen auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene
- Gewährleistung von guter und sicherer Aufnahme

Bei der Fokussierung auf die aus Seenot geretteten Menschen sollten die anderen Fluchtrouten und Schicksale nicht vergessen werden, weswegen die Aufnahme in einen Sicherer Hafen zudem von Menschen aus anderen Fluchtkontexten ausgeweitet werden könnte. So machen die Seebrücke und die Zivilgesellschaft momentan vor allem

auf die Situation der Geflüchteten in den Lagern auf den griechischen Inseln aufmerksam und fordern, unbegleitete Minderjährige sofort aufzunehmen.

Seit dem letzten Jahr haben sich über 140 deutsche Kommunen in Ratsbeschlüssen Teilen der Forderungen angeschlossen. Die Beschlüsse reichen von der Solidaritätsbekundung mit den Geflüchteten und den Seenotrettungsorganisationen bis zu noch über die Grundforderungen hinausreichenden Beschlüssen. Einige Sichere Häfen haben sich im Bündnis Sichere Häfen zusammengeschlossen und setzen Weichen für eine gemeinsame Zusammenarbeit der Kommunen beim Thema kommunale Aufnahme.

Dennoch sind die Beschlüsse der Sicheren Häfen bis heute nicht umsetzbar, weil das BMI und Horst Seehofer diese blockieren, statt die gewollte Solidarität in die Tat umzusetzen.

Entwicklungen auf Landesebene

Um den Wunsch der Zivilgesellschaft in den Sicheren Häfen und der Kommunalpolitiker*innen zu realisieren, braucht es neue rechtliche Möglichkeiten, da zurzeit noch keine direkte Aufnahme in Kommunen möglich ist.

Auf Landesebene bewegen sich die ersten Bundesländer. Die drei Stadtstaaten haben sich bereits zu Sicheren Häfen erklärt. Die drei Berliner Bürgermeister*innen haben beim SEEBRÜCKE-Kongress bekundet, eine Bundesratsinitiative starten zu wollen, um Paragraf 23.1 des Aufenthaltsgesetzes zu ändern. U.a. über diesen Paragrafen werden die Landesaufnahmeprogramme gestützt. Nach unserer Vorstellung und nach der Vorstellung einiger Bundesländer soll die Zustimmung des Bundesinnenministeriums nicht mehr für die Aufnahme notwendig sein. Diese Initiative soll in wenigen Monaten im Bundesrat verhandelt werden.

Zudem setzen sich Fraktionen in verschiedenen Bundesländern dafür ein, dass Landesaufnahmeprogramme für aus Seenot gerettete Geflüchtete aufgesetzt werden. In Brandenburg gibt es dazu schon einen Beschluss. Weitere Bundesländer könnten auch mit Verweis auf die vielen aufnahmebereiten Kommunen (bspw. in Schleswig-Holstein) folgen. Das Problem an dieser Art der Aufnahme ist, dass sie langwierig ist und in jedem Bundesland viel Arbeit der SEEBRÜCKEN-Aktivist*innen und anderer Initiativen notwendig ist, um diese Beschlüsse zu erreichen. Wie das Beispiel des Jesidinnenbeschlusses in einigen Bundesländern zeigt,

dauert es vom Beschluss bis zur Umsetzung mehrere Jahre. Auf Bundesebene gibt es bisher nur eine parlamentarische Gruppe, die sich mit dem Thema Seenotrettung beschäftigt.

Trotz unserer großartigen Arbeit auf kommunaler Ebene und den vielen Beschlüssen, die wir erreicht haben, ist noch viel Arbeit zu tun, um auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene neue rechtliche Möglichkeiten der Aufnahme zu schaffen.

Ausblick

Die SEEBRÜCKE und die Erklärung von vielen Kommunen zum Sicheren Hafen zeigt Wirkung. Die Debatte zum Thema Migration verschiebt sich. Diskussionen über staatliche Seenotrettungsmissionen und solidarischere Verteilungslösungen nehmen zu. Politiker*innen aller demokratischen Parteien fordern eine Verbesserung der Situation auf dem Mittelmeer. Die Anzahl an solidarischen Kommunen, die handeln möchten, wächst und immer mehr Kommunen möchten dem Bündnis Städte Sicherer Häfen beitreten.

Die Zivilgesellschaft hat sich im letzten Jahr lautstark für eine Veränderung eingesetzt und wir erkennen eine Änderung der Debatte rund um das Thema geflüchteter Menschen. Gemeinsam mit der Evangelischen Kirche gründete sich erst vor einigen Monaten das Bündnis „United4Rescue“ und wird in wenigen Wochen ein neues Schiff, die Sea-Watch 4, in das Einsatzgebiet vor der libyschen Küste schicken.

Auf kommunaler Ebene geht es mehr und mehr um das Ankommen und Aufnehmen, um das Leben Retten und Solidarisch Sein. Doch reicht es nicht, das Thema Seenotrettung alleine zu betrachten. Es geht um eine gänzliche Veränderung unseres Umgangs mit Migration. Migration gab es schon immer und wird es immer geben. Es ist nun unsere gemeinsame Verantwortung, darüber nachzudenken, ob wir diese unaufhaltsame Migration positiv denken und solidarisch handeln oder uns abschotten und immer mehr Menschen an den tödlichen Grenzen Europas sterben lassen. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, die europäischen Werte, nicht die europäischen Grenzen zu verteidigen.

Eingeschränkt, kriminalisiert und trotzdem an der Solidarität festhaltend

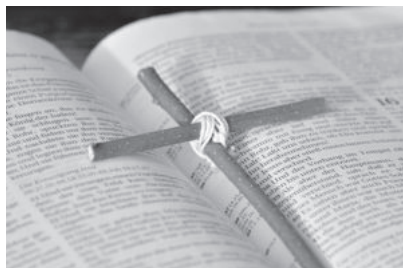
Das Kirchenasyl bleibt ein notwendiger Menschenrechtsschutz

Benedikt Kern

*Seit 35 Jahren gibt es in Deutschland nun schon die Tradition des heutigen Kirchenasyls. Seit dem organisieren Gemeinden diese Form des Menschenrechtsschutzes, es haben sich Netzwerke gegründet und die Kirchenasylbewegung konnte in der Öffentlichkeit immer wieder die Legitimität dieser Praxis gegen Angriffe durch staatliche Behörden und politische Akteur*innen verteidigen.*

Derzeit sind in NRW ca. 120 Menschen im Kirchenasyl, der Bedarf für Geflüchtete, die ein Kirchenasyl bräuchten, ist jedoch sehr viel höher. So stehen auf der Warteliste unseres Ökumenischen Netzwerkes

Asyl in der Kirche in NRW zahlreiche Familien und Einzelpersonen, die akut von einer Abschiebung bedroht sind, die jedoch bisher kein Kirchenasyl als einen letzten Schutzort finden konnten.



Doppelstrategie: Abschottung und Abschiebung

So viele Menschen benötigen ein Kirchenasyl, da der Druck auf sie massiv höher wird durch ein reibungsloser arbeitendes Abschiebe-

bemanagement und die kleiner werdenden juristischen Spielräume, um auf legalem Wege eine Perspektive in Deutschland zu ermöglichen. Die steigenden Abschiebezahlen sind politisch von höchster Ebene gewollt und Teil der Doppelstrategie von Abschottung und Abschiebung. Den Rahmen für diese menschenverachtende Politik liefert einerseits die Schließung und hoch-technisierte Überwachung der EU-Außengrenzen sowie die Kooperation mit «Türsteher-Regimen» wie in Niger, Sudan, Äthiopien, Türkei, Senegal, Libyen, Tunesien und Marokko. Andererseits führen die Stabilisierung des europäischen Dublin-Systems, nach dem Asylanträge nur in den Einreisestaaten gestellt werden dürfen, und die Asylrechtsverschärfungen seit dem Jahr 2015 dazu, dass eine effektivere Abschiebepolitik durchgesetzt werden kann. In NRW ist hierfür seit zwei Jahren das Integrierte Rückkehrmanagement in Kraft gesetzt: Es wurden in jedem Regierungsbezirk Zentrale Ausländerbehörden (ZAB) eingerichtet, die organisatorisch für die Durchsetzung von Abschiebungen zuständig sind: Rund 30 % aller Abschiebungen aus Deutschland finden in NRW statt, 3989 bereits im ersten Halbjahr 2019 (bei 70.000 Ausreisepflichtigen; 2018 gab es 6603 Abschiebungen aus NRW). Menschen aus vermeintlich sicheren Herkunftsländern werden

in Schwerpunktlagern untergebracht, damit dort Schnellverfahren durchgeführt werden können und die Ausreise unmittelbar danach stattfinden kann. Dublin-Fälle sollen künftig ebenfalls nicht mehr kommunal untergebracht werden, sondern aus den Zentralen Unterbringungseinrichtungen (ZUE) direkt in andere europäische Staaten überstellt werden. In den ZUEs wurde die Verweildauer auf bis zu 24 Monate ausgeweitet, was vor allem für Kinder mit der massiven Grundrechtseinschränkung einher geht, dass sie in dieser Zeit nicht in die Schule gehen können. Außerdem kommt es durch die Lagerunterbringung kaum mehr zum Kontakt mit ehrenamtlichen Flüchtlingsinitiativen oder Kirchengemeinden, was mit zur Isolation dieser Menschen beiträgt. Hinzukommt, dass die Inanspruchnahme von Anwalt*innen und Flüchtlingsberatungsstellen durch die Lagerunterbringung sehr eingeschränkt ist. Derzeit leben rund 8000 Geflüchtete in NRW in ZUEs.

Kirchenasyl unter verschärften Bedingungen

Die Auswirkungen auf unsere Kirchenasylarbeit sind u.a. dadurch spürbar, dass es durch die ZUEs oft keinen Kontakt zwischen Geflüchteten und Kirchengemeinden gibt,

noch bevor ein Kirchenasyl notwendig ist. Persönliche Beziehungen sind allerdings häufig ausschlaggebend, damit Gemeindegremien sich für ein Kirchenasyl in einem konkreten Fall entscheiden.

Doch auch die Verschärfung der vom Innenministerium einseitig gesetzten Rahmenbedingungen für das Kirchenasyl seit 2018 tragen dazu bei, dass unsere Arbeit erschwert wird: es kommt in nahezu allen Fällen zu einer Verlängerung der im Kirchenasyl zu überstehenden Überstellungsfrist von sechs auf 18 Monate. Dies verunsichert Betroffene und natürlich Gemeinden zutiefst, da die Bereitstellung der Infrastruktur für ein Kirchenasyl während 18 Monaten eine große Herausforderung ist. Glücklicherweise klagen wir in NRW jedoch in 90 % aller Fälle positiv gegen diese Fristverlängerung. Denn eine Überstellungsfrist darf entsprechend der Dublin-Verordnung nur dann verlängert werden, wenn eine Person untertaucht und sich somit der Abschiebung entzieht. Das Oberverwaltungsgericht Münster hat uns im August schließlich Recht gegeben: Kirchenasyl ist kein Untertauchen durch die Bekanntgabe der Aufenthaltsadresse im Kirchenasyl an die Behörden, weshalb es bei der bisherigen sechsmonatigen Frist für ein Kirchenasyl in Dublin-Fällen bleibt.

Dennoch gilt es, dass die Kirchen das BAMF und das Innenministerium für diese Verschärfungsversuche massiv kritisieren, was leider größtenteils ausbleibt.

Weitere Einschüchterungsversuche gibt es in Bayern und Rheinland-Pfalz, wo Kirchenasyl gewährende Pfarrern und Pfarrer sowie Betroffene angezeigt wurden. Erst kürzlich wurde ein Strafverfahren gegen einen Pfarrer erst durch eine dreistellige Geldzahlung eingestellt und der Kirchenasylgast musste 80 Sozialstunden ableisten. In NRW sind solche Kriminalisierungsversuche bisher nicht erfolgreich gewesen, dennoch schwindet auch hier die Rückendeckung durch das zuständige Ministerium zunehmend.

Auf die Kirchenleitungen der Landeskirchen und Bistümer haben diese Entwicklung vor allem die Auswirkung, restriktiver mit diesem Instrument umgehen zu wollen. Engagierte Gemeinden werden davor gewarnt, zu freimütig mit dem Kirchenasyl umzugehen. Hier gilt vor allem das Dogma, auf keinen Fall einen Konflikt einzugehen oder gar ein antagonistisches Verhältnis zum Staat einzunehmen. Dass bei einer defensiven Haltung in Bezug auf das Kirchenasyl diejenigen die Leidtragenden sind, die ins Elend abgeschoben werden, ist dabei zweitrangig.

Zu solidarischem Handeln anstiften

Deshalb ist es uns wichtig, Engagierte aus der Kirchenasylbewegung und natürlich Gemeinden und Ordensgemeinschaften zu ermutigen: Das Kirchenasyl ist nach wie vor ein notwendiges und zugleich ein effektives Instrument des Menschenrechtsschutzes. Es geht um den notwendigen Schutz vor Abschiebungen in die Obdachlosigkeit in Italien, Spanien und Rumänien, vor erniedrigender Behandlung in Polen und Kroatien, vor Kettenabschiebungen über Österreich und Skandinavien in Herkunftsländer und andere Härten. Es liegt auf der Hand, dass zusätzliche Kirchengemeinden und Klöster dazu angestiftet werden müssen, Kirchenasyle durchzuführen – gerade dann, wenn es in diesen Zeiten oftmals so erscheint, als ob Flüchtlingssozialarbeit unsichtbar gemacht wird.

Zum Glück gibt es in mehreren Städten bundesweit, jedoch auch

in NRW in Aachen, Köln, Wuppertal und Münster nun Initiativen außerhalb der Kirchen, die aktiv für den Schutz von durch Abschiebung gefährdete Menschen eintreten: Im sogenannten Bürger*innenasyl werden Geflüchtete, die keinen legalen Aufenthaltsstatus mehr haben, privat aufgenommen und unterstützt. Dies ist wie das Kirchenasyl eine Praxis des zivilen Ungehorsams und basiert auf einem bewussten Regelübertritt, um Grundrechte von Menschen zu schützen. In öffentlichen Erklärungen bekennen sich in mehreren Städten mittlerweile Menschen dazu, durch solch eine Praxis konkrete und radikale Solidarität zu leisten – gerade auch, weil das Kirchenasyl nicht ausreichen kann angesichts der asylpolitischen Verschärfungen. Eine gute Zusammenarbeit zwischen beiden Praxisformen des Kirchen- und Bürger*innenasyls erscheint uns wichtig. Denn angesichts der immer effektiver funktionierenden Abschiebemaschinerie brauchen wir organisierte Solidarität von unten!

Benedikt Kern ist kath. Theologe am Institut für Theologie und Politik und Berater der Kirchenasyle „Ökumenisches Netzwerk Asyl in der Kirche in NRW“

Weitere Infos unter:
www.kirchenasyl.de
www.aktionbuengerinnenasyl.de

Biblischer An-Stoß

Detlef Ziegler

Man erinnere sich:

„Das Schlimmste ist ein fußballspielender, ministrierender Senegalese. Der ist drei Jahre hier - als Wirtschaftsflüchtling - den kriegten wir nie wieder los.“

Das sagte im September 2016 Andreas Scheuer, damals Generalsekretär der CSU, während er sich jetzt als Verkehrsminister versucht. Als Minister heute höchst umstritten, als Parteistrategie damals ein Hetzer in voller Absicht.

Beifall gab es von vielen Seiten, besonders aus dem rechten Spektrum, aber auch zunehmend aus der sogenannten „bürgerlichen Mitte“. Nach der euphorischen Stimmung 2015 („Wir schaffen das!“) waren und sind längst Ernüchterung, Skepsis, leider auch offene Ablehnung und Fremdenfeindlichkeit eingekehrt.

Aber es gab auch viele engagierte Gegenstimmen, die darauf hinwiesen, dass man sich doch genau das wünschen sollte, was Scheuer in seinem Hetzwort konterkariert: dass Menschen, die als Fremde zu uns kommen, sich integrieren, die Sprache lernen, Mitglieder in Verei-

nen werden, ihren Lebensunterhalt selbst verdienen, etc. etc. Dafür gibt es viele gelungene Beispiele. Solche Menschen verdienen Respekt, haben ein Heimatrecht unter uns, nicht mehr und nicht weniger als wir selbst.

Flucht und Vertreibung spielen gerade im Alten Testament immer wieder eine große Rolle. Besonders gravierend in der Geschichte Israels war das babylonische Exil. In einer ersten Deportationswelle 597, der 10 Jahre später eine noch größere folgen sollte, wurden viele Menschen aus Judäa, besonders aus der Oberschicht, nach Babylon verschleppt. Ihnen schreibt der in der Heimat verbliebene Prophet Jeremia einen Brief, der im 29. Kapitel des Jeremiabuches nachzulesen ist. Den Verbannten gibt Jeremia einen ungewohnten Rat, wenn es um ihr Leben in der fremden Stadt Babylon geht: „Baut Häuser und wohnt darin, pflanzt Gärten und esst ihre Früchte. Nehmt euch Frauen und zeugt Söhne und Töchter, nehmt für eure Söhne Frauen und gebt eure Töchter Männern, damit sie Söhne und Töchter gebären. Ihr sollt euch dort vermehren und nicht vermin-

dern. Suchet das Wohl der Stadt, in die ich euch weggeführt habe, und betet für sie zum HERRN; denn in ihrem Wohl liegt euer Wohl!“ (29,5-7)

Ein erstaunlicher Ratschlag! Vordergründig heißt das zunächst: Integriert euch! Richtet euch dort ein, wo ihr jetzt lebt! Und das nicht nur vorübergehend, sondern für längere Zeit, vielleicht sogar für immer! Im Hintergrund schwingt noch etwas anderes mit. Die Formulierungen knüpfen bewusst an die Schöpfungserzählungen der Genesis an: „Seid fruchtbar! Vermehrt euch!“ (Gen1,28) Die Gärten, die in Babylon angelegt werden sollen, erinnern an den Paradiesgarten, den es schon in der mythischen Erzählung zu hegen und zu pflegen gilt. Mit anderen Worten: Mit Vertreibung und Deportation ist das Leben nicht zu Ende. Auch am neuen Ort, in der Fremde, geht der Schöpfungsauftrag weiter. Auch am neuen Ort kann etwas entstehen, was Ankommen, Heimat, Gestaltungskompetenz verspricht. Kein Fatalismus, sondern in Gottes Gegenwart aufstehen und anpacken!

Das hilft und dient nicht nur den „Neuzugezogenen“. Auch die Einheimischen profitieren von den

neuen Mitbürger*innen. Ja, das Wohl der Stadt bekommt mit diesen einen neuen Schwung, eine neue Qualität. In der wohlwollenden Gegenseitigkeit, in guter Nachbarschaft wächst eine bunte Stadt heran, in der unterschiedliche Menschen gemeinsam ein großes Ziel verfolgen: an Gottes guter Schöpfung mitzubauen, zum Wohl der Stadt und aller, die in ihr wohnen. Man kann es auch so sagen: Ein Stück Jerusalem verbindet sich mit Babylon! Daraus soll eine neue Stadt werden, eine gemeinsame für alle, mit Lebenschancen für alle Bewohner*innen.

Ein schöner, ein aufrüttelnder Gedanke. Menschen, die zu uns kommen, vermehren die Lebensmöglichkeiten aller. Zum Wohl der Stadt braucht es die, die schon immer hier leben, und die, die nach neuen Lebenschancen suchen und dabei viel mitbringen. Zum Wohl einer jeden Stadt können und sollen auch heute „Jerusalem und Babylon“ zueinander finden. Das ist nicht das Schlimmste, was uns passieren kann, sondern womöglich ein großes Geschenk.

Darüber sollte nicht nur Herr Scheuer mal gründlich nachdenken.

Detlef Ziegler ist seit November 2019 Geistlicher Beirat in unserem Diözesanverband.

Katastrophe mit Ansage

Stefanie Wahl

*Die pax christi-Bundesvorsitzende Stefanie Wahl besuchte im Oktober 2019 im Rahmen einer ökumenischen Delegation das Flüchtlingslager Moria auf der griechischen Insel Lesbos und verschaffte sich vor Ort ein Bild der Situation. Gemeinsam mit einer, von der pax christi-Delegiertenversammlung beauftragten, ökumenisch besetzten Gruppe von Expert*innen befasst sie sich mit den humanitären und politischen Herausforderungen der Migration.*

Zur aktuellen Situation an den EU-Außengrenzen positioniert die pax christi-Bundesvorsitzende Stefanie Wahl sich am 3. März 2020 wie folgt:

Die Gewalt an der EU-Außengrenze gegen Geflüchtete verurteile ich aufs Schärfste. Die EU sollte auf die humanitäre Krise nicht mit mehr Grenzschutz reagieren, sondern ihren menschenrechtlichen Pflichten nachkommen. Die Eskalation der Lage an den EU-Außengrenzen ist eine Katastrophe mit Ansage. Sie ist die Folge des Versagens der EU-Außen- und Migrationspolitik der letzten Jahre. Die EU und die deutsche Bundesregierung setzen seit 2015 die Priorität darauf, dass Geflüchtete gar nicht auf das Gebiet der Europäischen Union gelangen.

Als ein wichtiges Instrument der EU-Abschottungspolitik gilt das

EU-Türkei-Abkommen, das 2016 mit der Türkei geschlossen wurde. Damit hat sich die EU der Verantwortung für die Geflüchteten aus den Kriegs- und Krisengebieten entzogen und sich gleichzeitig erpressbar gemacht. Menschen auf der Flucht werden durch diese Politik zum Spielball der politischen Akteure. Zugleich sind die griechischen Inseln, die zu Sonderrechtszonen wurden, in denen asylrechtliche Standards nicht mehr gelten, zu einem Freiluftgefängnis auf europäischem Boden geworden. Auch hier hat die EU die Verantwortung für die Menschen nicht übernommen und sowohl die Geflüchteten als auch die griechische Bevölkerung im Stich gelassen.

Die aktuelle Eskalation an den EU-Außengrenzen ist den Versäumnissen der Vergangenheit geschuldet.

Die Reaktion der EU ist eine Fortsetzung der Abschottungspolitik zu Lasten der Menschenrechte. Konkret verstärkt die EU ihre Maßnahmen zur Grenzsicherung durch Frontex und rüstet auf. Zum Grenzschutz werden Blendgranaten und Tränengas eingesetzt, um schutzbedürftige, fliehende, unbewaffnete und hilfsbedürftige Menschen abzuwehren. An erster Stelle sollte die Versorgung der Menschen im Grenzgebiet und auf den griechischen Inseln und ihr Schutz stehen. Die Menschen an der Grenze zu

Griechenland müssen mit Unterstützung aller EU-Staaten registriert werden und gerecht in die EU-Staaten verteilt werden. Während die Solidarität innerhalb der EU fehlt, haben sich alleine in Deutschland über 130 Städte und Kommunen zu sogenannten „sicheren Häfen“ erklärt und sind damit bereit Menschen von den EU-Außengrenzen aufzunehmen. Mit Solidarität und Hilfe für die Opfer von Krieg und Gewalt an unseren Außengrenzen könnte die EU endlich wieder ein humanitäres Gesicht zeigen.



Rezension

Dem Populismus widerstehen

Ferdinand Kerstiens



Dem Populismus widerstehen
Arbeitshilfe zum kirchlichen Umgang
mit rechtspopulistischen Tendenzen
Arbeitshilfen Nr. 305

Diese Rezension hat einen konkreten Platz im politischen Geschehen in Deutschland: ich schreibe sie am 5.2.2020, also am Tag, als der FDP-Kandidat Kemmerich mit den Stimmen der CDU und der AfD als Ministerpräsident in Thüringen gewählt wurde. Die Aufregung ist groß: Wie konnte das geschehen? Nun, wir werden sehen, was draus wird.

Doch dieser Vorgang zeigt, wie wichtig diese Arbeitshilfen sind:

„Dem Populismus widerstehen“. Der Text ist von einem breiten Bündnis erarbeitet worden. Unter den Autor*innen sind auch Christine Hoffmann und Christine Böckmann von pax christi.

Schon in der ausführlichen Einführung der drei bischöflichen Leiter der drei Herausgeberkommissionen heißt es: „Der nationalistisch gefärbte Populismus gefährdet das friedliche und gerechte Miteinander – in der eigenen Gesellschaft und weltweit.“ (S.4) Denn „Für Christen ist der Schutz der Würde jedes Menschen die unhintergehbare Leitlinie.“ (S.6). „Wir können kein Verständnis zeigen für eine Politik auf dem Rücken unschuldiger Opfer.“ (S.8) „Auch Parteien, die sich um die politische Mitte gruppieren, bleiben von der populistischen Versuchung nicht verschont. Zwar mögen sie sich gegen politische Einstellungen und Forderungen stemmen. Dennoch müssen sie häufig in ihrer eigenen Wählerschaft erkennen, dass dort populistische Ansichten verbreitet sind. Das erfüllt uns mit Sorge. Noch mehr besorgt sind wir

allerdings über populistische Ansichten und Einstellungen inmitten unserer Kirche: in Pfarrgemeinden, in kirchlichen Gemeinschaften und Verbänden.“ (S. 6f)!

Das Thema wird dann in sechs Kapiteln entfaltet: „1. Welches Volk? Annäherungen an Phänomene des Populismus. 2. Strategien und Inhalte rechtspopulistischer Bewegungen. 3. Flucht und Asyl. 4. Islam und Islamfeindlichkeit. 5. Familienbilder, Frauenbilder, Geschlechterverhältnisse. 6. Identität und Heimat.“ Diese Aufzählung macht schon deutlich, wie viele Themenfelder angesprochen werden, die hier nicht im Einzelnen dargestellt werden können. Alle Abschnitte beginnen mit einer sozialwissenschaftlichen Analyse und dies in verständlicher Sprache. Dabei werden auch die Hintergründe ausgeleuchtet, die sich oft hinter den scheinbar einfachen Begriffen von „Volk“, „Familie“, „Heimat“, „Identität“, „christliches Abendland“ verbergen. Bemerkenswert ist dabei, dass die Arbeitshilfen den Populismus eindeutig rechts und rechtsaußen positionieren und nicht der einfachen Rhetorik mancher Parteien verfallen, die oft „rechts“ und „links“ als „die Ränder“ gleichsetzen, von denen man sich abzugrenzen habe. Allerdings wird dabei von den Parteien gesprochen, „die sich um die politische Mitte

gruppieren“ (S. 6), was immer das nach Thüringen auch heißen mag.

Dem Thema dieser pc-Korrespondenz entsprechend möchte ich das 3. Kapitel „Flucht und Asyl“ genauer vorstellen (S. 36-45). Schon zu Beginn wird festgestellt: „Politische, ethno-nationale, rassistische, geschlechtsspezifische und religiöse Gründe lassen Menschen keine Alternative, als ihre Heimat zu verlassen. Aber auch die Perspektivlosigkeit infolge von Armut, Hunger und Umweltzerstörung zwingen Menschen zum Aufbruch – in der Hoffnung, ihre und die Lebenssituation ihrer Angehörigen zu verbessern.“ (S. 36) „Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte garantiert das Recht auf Auswanderung. Zu bedenken ist: Die Auswanderung kann unter Umständen für einen Menschen die einzige Möglichkeit sein, andere

Arbeitshilfe zum kirchlichen Umgang mit rechtspopulistischen Tendenzen. Migrationskommission und Pastorkommission der Deutschen Bischofskonferenz, Deutsche Kommission Justitia et Pax (Hrsg.). Arbeitshilfen Nr. 305. 74 S., 0,75 € + Porto, zu bestellen bei der Deutschen Bischofskonferenz

fundamentale Menschenrechte geltend zu machen – etwa das Recht auf Leben, Freiheit, Sicherheit oder Schutz vor Folter sowie vor grausamer unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung.“ (S. 39) Diese Vielfalt der Ursachen, die oft miteinander vermengt sind, macht es unmöglich, einfach zwischen Asylsuchenden, Kriegsflüchtlingen und Wirtschaftsflüchtlingen zu unterscheiden.

Auch die Rolle Europas an den Fluchtgründen wird benannt: „So liegen wesentliche Gründe für die aktuelle politische und ökonomische Situation im Mittleren Osten und in Afrika nicht zuletzt im Kolonialismus des 19. Jahrhunderts, in den beiden Weltkriegen, der Politik des ‚kalten Krieges‘, den Golfkriegen und anderen Interventionen westlicher Staaten. Hinzu kommt: Der gegenwärtige Wohlstand westlicher Staaten wird – nicht nur, aber doch maßgeblich - auf Kosten der Entwicklungsländer aufrechterhalten. Der Imperialismus mag überwunden sein; die imperiale Lebensweise ist es nicht.“ (S. 36)

Aus diesen Feststellungen ergeben sich die Unterkapitel: „‚Flüchtlingskrise‘ als griffige Formel für ein vielschichtiges Unbehagen; Pflichten gegenüber den schutzsuchenden Menschen; Die besondere christliche Sensibilität für Fragen von

Flucht und Migration; Die Gefahr fremdenfeindlicher Vereinnahmung christlicher Motive.“ Diese Unterkapitel können hier nicht im Einzelnen vorgestellt werden.

Biblisch wird in der ganzen „Arbeitshilfe“ vor allem auf drei Schriftstellen Bezug genommen: „Es gibt nicht mehr Juden und Griechen, nicht Sklaven und Freie, nicht männlich und weiblich; denn ihr alle seid einer in Christus Jesus“ (Gal 3,28); „Was ihr für einen meiner geringsten Brüder getan habt, das habt ihr mir getan.“ (Mt 25,40); sowie auf die Geschichte des barmherzigen Samariters (Lk 10), die zeigt, „dass der Fremde selbst zum Nächsten wird – unabhängig von familiären, religiösen oder ethnischen Bindungen“ (S.44). Hier wird deutlich, welche hilfreiche politische Dimension solche Schriftstellen in den heutigen Auseinandersetzungen haben.

Aus den verschiedenen Kapiteln ergeben sich am Schluss „Pastorale Anregungen“ (S.70-74): „Die Engagierten stärken; Dialog ermöglichen; Die Geister unterscheiden; Mit negativen Emotionen umgehen lernen; Die Gefahr fremdenfeindlicher Vereinnahmung christlicher Motive.“

Ergänzt werden die grundsätzlichen Erwägungen und Analysen durch

knapp 20 Praxisbeispiele ganz unterschiedlicher Art und verschiedener Trägerkreise. Sie laden ein, vor Ort in unterschiedlichen Allianzen selber Initiativen zu ergreifen und Aktionen zu planen. Selbstverständlich sind diese Texte ökumenisch zu lesen. Die Arbeitshilfe Nr. 305 „Dem Populismus widerstehen“ ist eine sehr ermutigende Schrift, die es verdient, genau gelesen und in Gemeinden und Gruppen intensiv beredet zu werden, um den notwendigen Dienst der Christ*innen, der kirchlichen Gruppierungen, Gemeinden und Kirchen an einer menschlichen Gesellschaft und Politik neu inhaltlich zu füllen und in die aktuellen Auseinandersetzungen einzubringen. Dass dies auch für die politischen Parteien „der Mitte“ nötig wäre, zeigt die heutige Wahl in Thüringen. Auch da sind Christ*innen beteiligt.

Ein kritischer Punkt muss allerdings angemerkt werden: Bis auf wenige Andeutungen fehlt eine selbstkri-

tische Reflexion über die bisherige und noch vielfache weiterwirkende Praxis von Gemeinden und Kirchen, die oft nur um sich selber kreisen, sich in der Wohlstandsgesellschaft gut eingerichtet haben, sich an ihren eigenen Problemen zerreiben (sexuelle Verbrechen an Kindern und Jugendlichen, Klerikalismus, Machtfrage, Zölibat, Sexualität, Frauenfrage), und in deren Gottesdiensten die politische Dimension des Evangeliums kaum eine Rolle spielt. Theologischer und kirchenrechtlicher Fundamentalismus hindert vielfach die Kirche an einer heute nötigen Sicht des Evangeliums und der kirchlichen Verantwortung für die Gesellschaft, in der wir leben. Papst Franziskus erscheint da oft isoliert. Impulse von der Basis her haben es schwer. Es ist schon Bekehrung in Gedanken, Worten und Taten nötig, um neue Praxis auf breiter Basis zu ermöglichen, die im Sinne des Evangeliums der Würde aller Menschen dient, hier und weltweit.

55 Jahre pax christi im Bistum Münster

Im letzten Jahr wurde unser Diözesanverband 55 Jahre alt. 1964 als Bistumsstelle gegründet, wollen wir gerne Rückschau halten in dieser und den nächsten Ausgaben der pax christi-Korrespondenz. Dazu bitten wir euch, zu euren Erinnerungen an pax christi Müns-

ter etwas zu schreiben. Nicht alle persönlichen Rückblicke konnten wir in diese erste Ausgabe des Jahres 2020 aufnehmen. Wir werden diese und weitere Rückblicke, die uns zugesendet werden, in den weiteren Ausgaben des Jahres veröffentlichen.

Mein persönlicher Rückblick

Veronika Hüning

Mein Engagement in der internationalen katholischen Friedensbewegung war für mich sehr prägend; inzwischen macht es ja mehr als die Hälfte meiner Lebensjahre aus. Und etwa zweimal 9 Jahre war ich in der Sprecher*innengruppe bzw. im Diözesanvorstand Münster aktiv.

Was war mir wichtig?

Zunächst einmal die Menschen, denen ich begegnet bin und die zu

Weggefährten wurden! Ich kann hier nicht alle Namen aufzählen und nicht alle Eigenschaften würdigen, die ich an ihnen geschätzt habe. Aber drei Personen möchte ich erwähnen, mit denen mich viel verbunden hat und in einem Fall auch noch verbindet:

Andreas Wintels, einer unserer Friedensarbeiter. Ich erinnere mich an den Artikel in „Kirche + Leben“, der nach seinen ersten 100 Tagen im

Amt erschien und wegen eines provokanten militärkritischen Gedichts von ihm Aufsehen erregte. Wir haben uns auch privat getroffen, z.B. ist Andreas bei einem Geburtstag meines Vaters mit einem Kleinkunstprogramm aufgetreten. Weil ich ein bisschen in ihn verliebt war, habe ich ihm auch Gedichte von mir gewidmet. Ich finde es schade, dass Andreas sich ganz aus pax christi zurückgezogen hat.



Ernst Dertmann, den ich mit eingestellt habe und mit dem ich am längsten und intensivsten zusammengearbeitet habe. Was haben wir nicht alles auf die Beine gestellt! Stichwortartig nenne ich: das Programm „Texte & Töne“ zum

Thema Frieden in Havixbeck und in Gronau-Losser, Veranstaltungen zum Zweiten Vatikanischen Konzil in Stadtlohn, Erinnerungen an Martin Niemöller an seinem Grab in Wersen, „Schöpfungstage“ und Gedenken an Tschernobyl und Fukushima in Ahaus, die Gestaltung des 27. Januar in Vreden und, und, und. Gestritten haben wir uns auch öfter. Meine Worte in Erklärungen waren ihm zu „soft“, seine waren mir zu „schroff“. Sein plötzlicher Tod war ein Schock. Die Fragen an ihn, die ich für die PC-Korrespondenz formuliert hatte – kurz vor seinem unfreiwilligen Ausscheiden aus dem Dienst –, konnte er nicht mehr beantworten.

Ferdi Kerstiens, langjähriger Mitstreiter im Präsidium und im Vorstand. Wir sind Freunde geworden, darf ich sagen. Die Schnittmenge unserer Meinungen ist ungemein groß. Ihm verdanke ich auch viel Zuspruch und die hin und wieder nötigen Mahnungen: „Pass auf dich auf! Mach nicht zu viel!“ Ferdi ist in meinen Augen einer der besten Konfliktvermittler, die wir in pax christi Münster haben.

Und dann waren da die Themen, die Arbeitsfelder, die mich besonders beschäftigt haben. Hervorheben möchte ich drei: Erinnern und Gedenken, den Freiwilligendienst und Flucht und Asyl.

Ich finde, pax christi Münster kann stolz darauf sein, so kontinuierlich Gedenkveranstaltung zur Shoa durchgeführt zu haben und daran weiter festzuhalten, z.B. am 9. November in Coesfeld.

Besonders in Erinnerung habe ich einen Weg mit dem Aachener Friedenskreuz zur Kriegsgräberstätte in Kleve-Donsbrüggen.

Manche sagen, der Freiwilligendienst war „mein Baby“. Die AG lebt nicht mehr, aber immerhin haben wir dreimal zwei Freiwillige begleitet, die in Kiew in einem Kinderheim eingesetzt waren.

Auch durch meine Beteiligung ist pax christi Münster Unterstützerin von „Münster – Stadt der Zuflucht“ geworden. Der Einsatz muss noch weitergehen!

Auch bestimmte „Formate“ sind mir regelrecht ans Herz gewachsen: das Politische Nachtgebet in der Petrikerche in Münster, der Papst-Johannes XXIII-Preis und der Münsteraner Friedenslauf.

Ich freue mich sehr, dass durch das große Engagement unseres Friedensreferenten, Daniel Kim Hügel, die Idee des Friedenslaufs umgesetzt werden konnte und weitere Kreise ziehen wird.

Ob auch noch eine Bronzestatue des menschenfreundlichen Johannes an eine Initiative überreicht werden wird? Ich weiß es nicht.

Das Politische Nachtgebet kann jedenfalls nicht wie bisher fortgesetzt werden. Es war auch nicht mehr so zugkräftig wie erhofft. Doch es würde mich freuen, wenn mit dem neuen Geistlichen Beirat weiterhin „Mittagsgebete“ stattfinden könnten.

Es liegt wohl in der Natur der Sache, wenn bei einem solchen Rückblick Sachen untergehen, die doch wichtig waren. Ich denke zum Beispiel an große Demonstrationen während des Irakkriegs, an die Präsenz von pax christi beim letzten Katholikentag, an Veranstaltungen in Kooperation mit der KSHG, an die Gottesdienste in Recklinghausen, an die Politischen Dialoge, an die „Feldpostbriefe“, an mehrere Workshops zur Gewinnung neuer Mitglieder, an teils heftige, teils fruchtbare Konflikte, an den Umzug in die Schillerstraße, an das Durchblättern alter Akten im Keller...

Hier stoppe ich. Ich freue mich, wenn ich in der PC-Korrespondenz die Erinnerungen anderer lesen kann und denke: Ja, so war das! Gut.

Meine Friedenswege

Ferdinand Kerstiens



Geprägt wurde mein Leben durch drei Entwicklungen in den 60er Jahren: die Öffnung von Kirche und Theologie im Zusammenhang mit dem zweiten Vatikanischen Konzil, die internationale Bewegung der „68er“ und die Neue Politische Theologie von J. Baptist Metz, bei dem ich 1968 promovieren durfte; das Thema: „Hoffnungsstruktur des Glaubens“. Diese drei Entwicklungen schmolzen zusammen mit der Befreiungstheologie Lateinamerikas, den Unabhängigkeitsbewe-

gungen in Afrika, die sich vor allem gegen katholische Kolonialstaaten wendeten, dem Protest vor allem der Student*innen weltweit gegen unterdrückende Strukturen in Staat und Gesellschaft und dem Vietnamkrieg der USA. Der „Prager Frühling“ war ein Hoffnungszeichen, seine Niederschlagung durch die Sowjetunion tiefgreifende Verunsicherung für viele, für andere ein Sieg. Doch „Unter den Talaren der Muff von 1000 Jahren“ – das galt auch für die Kirche, wie es auch der Essener Katholikentag und die damals entstehenden Priester- und Solidaritätsgruppen zeigten. In diesem Konglomerat von Umbrüchen war ich von 1968 bis 1975 als Studentenfarrer an der Uni in Münster mittendrin.

Da war der Weg zu pax christi nicht weit. Ich weiß nicht, wann ich Mitglied geworden bin. Aber das Anliegen von pax christi hat mich angezogen: Versöhnung auch zwischen Gegnern, gewaltfrei gegen Vernichtung, Freiheit von allen verklavenden Verhältnissen und Mächten, politisch, gesellschaftlich, wirtschaftlich, kirchlich, Gerechtigkeit als Anerkennung der

Menschenwürde aller Menschen, unabhängig von Herkunft, Religion, Geschlecht und sexueller Orientierung, Solidarität mit den Opfern gegen die unterdrückenden Mächte und Strukturen.

Doch diese Orientierung von pax christi entwickelte sich nur langsam. Weil pax christi nach dem damaligen kirchlichen Selbstverständnis vorwiegend eine innerkirchliche gebetsorientierte Gemeinschaft war, gründeten mehrere pax-christi-Mitglieder den „Bensberger Kreis“, der unabhängig von kirchlicher Bevormundung die politischen Konsequenzen aus der kirchlichen Friedensethik ziehen konnte und 1968 im Polen-Memorandum die Anerkennung der faktischen polnischen Westgrenze forderte, was den Protest weiter kirchlicher und CDU-politischer Kreise provozierte. Da trat ich dem Bensberger Kreis bei, der die politischen Konsequenzen aus der Idee von pax christi ziehen konnte. Erst in vielen Jahren zog pax christi selber die politischen Konsequenzen der eigenen spirituellen Idee, und dann konnte sich der Bensberger Kreis auflösen.

„Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“, das Motto der ökumenischen Friedensbewegung, gehören in die Mitte unseres Glaubens und unserer Hoffnung auf das Reich Gottes, das „nicht gleichgül-

tig“ ist „gegen das Grauen und den Terror irdischer Ungerechtigkeit und Unfreiheit, die das Antlitz der Menschen zerstören“ (Erklärung der Synode der westdeutschen Bistümer 1975 „Unsere Hoffnung“ 6, Entwurf J.B. Metz). Und: „Hoffen geschieht im Tun des nächsten Schrittes“ (Karl Barth), also nicht im Abwarten nach dem frommen Motto: Gott wird es schon richten. Die nächsten Schritte können und müssen wir tun, damit jetzt schon etwas vom Reich Gottes erfahrbar wird, gleichsam als Vorerfahrung der „Fülle des Lebens“ (Jo 10.10), die uns verheißen ist.

Das ist der Hintergrund und die Option meines Engagements für Gerechtigkeit und Frieden, das mich bei meiner Mitarbeit in pax christi, aber auch in meiner allgemeinen pastoralen Arbeit geleitet hat. Das führte in Konflikte: Der Katholischen Deutschen Studenteneinigung“ (KDSE), dem Zusammenschluss aller Studentengemeinden in der BRD, in dessen Vorstand ich war, wurde 1973 der „kirchliche Auftrag“ und damit die Finanzen entzogen, weil wir zu politisch wären. Das hieß im Klartext: Weil wir nicht die Politik der Bischöfe vertreten.

1982 moderierte ich die große Friedensdemonstration anlässlich des Düsseldorfer Katholikentages mit

ca. 45.000 Teilnehmer*innen auf den Rheinwiesen, ein Abenteuer für mich. In den 80er Jahren führte mich das Friedensengagement mitten in die Auseinandersetzungen um die Nachrüstung und brachte manche innerkirchliche und politische Konflikte mit sich.

1997 wurde ich zum „Geistlichen Beirat“ von pax christi in der Diözese Münster gewählt und blieb es bis 2009. Zwei Wahlperioden war ich im Vorstand pax christi Deutschland, drei in der Kommission, die

sich „Soziale Gerechtigkeit und Globalisierung“ nannte. Nach meiner Emeritierung als Pfarrer von St. Heinrich in Marl wurde pax christi fast zu meinem Hauptberuf. All das verdanke ich vielen Menschen in pax christi und darüber hinaus, die mich inspiriert und ermutigt haben. Ohne sie wäre mein Leben so nicht möglich gewesen. Und ich darf sagen: All das verdanke ich dem Gott des Friedens und der Gerechtigkeit, der mir in Jesus begegnet und der dieses Leben ermöglicht hat.

Einmal bewegt, immer bewegt?

Gisela Hinricher

„Meine Sommerferien waren toll, ich war mit meinem Freund auf der Pax-Christi Route.“ Das hörte ich 1956 – noch im Studium – von meiner Studienfreundin. Aber es vergingen viele Jahre, bis ich – inzwischen verheiratet, Mutter von drei erwachsenen Töchtern und wieder im Dienst – erneut auf die pax christi Friedensbewegung aufmerksam wurde.

Unsere älteste Tochter Lioba demonstrierte mit dem Sozialistischen Studentenbund Anfang der 80iger Jahre auf den Straßen Deutschlands gegen die Aufstellung der Pershings. Da beschlossen Theo und ich, vielfach kirchlich engagiert, es ihr gleichzutun: nein zu sagen zu jeglicher Art von Kriegsvorbereitung.

Mit unserem Kaplan „Pelle Giersch“ und etwa acht weiteren Personen gründeten wir in Coesfeld die pax christi-Gruppe.

Und es begann eine wirklich bewegte Zeit auf den Straßen des Münsterlandes mit eigenen Gottesdiensten und Sternostermärschen nach Dülmen. Besonders intensiv nahm unsere Gruppe an den sogenannten Sonntagsspaziergängen zum Brennelementezwischenlager in Ahaus teil. Schweigekreise, Schienensitzen und 300 riesige Traktoren bleiben mir aus dieser Zeit in Erinnerung. Parteipolitische Meinungsverschiedenheiten und Desinteresse von Seiten der Pfarreien gehörten dazu.

Erst nach dem Atomunfall in Fukushima wurden wir, „die Linken in der Kirche“, immer mehr anerkannt. Für mich kam hinzu, dass wir an mehreren pax christi-Kongressen und an zwei internationalen pax christi Routen teilnahmen.

Ein besonderes Arbeitsfeld öffnete sich für unsere Gruppe in der Begegnung mit iranischen Geflüchteten (wir feierten mit ihnen 18 Iranerfeste) und später noch länger für Theo und mich in der Flüchtlingsinitiative.

Besonders arbeitsintensiv und bereichernd wurden für mich die

14 Jahre in der Sprechergruppe des Bistums Münster und die pax christi Fahrten nach Osteuropa, Frankreich und Italien.



Berge handgeschriebener Plakate lagern in unserem Keller.

Die Friedensthematik von pax christi hat mich zu vielen eigenen Bildern angeregt. Und wer hat mich über viele, viele Jahre in Bewegung gehalten?

Das wart ihr, Freundinnen und Freunde von pax christi. Shalom, danke!

Rückschau auf meine Friedensarbeit in pax christi

Annette Paschke



ßend machten mein Mann Werner und ich in der Ahleiner pax christi-Gruppe mit. Ich erinnere mich, einige Zeit später mit unserer Familie an einem Familien-Wochenende in der Jugendburg Gemen teilgenommen zu haben. Es wurde geleitet von Hermann Flothkötter und Maria Dammann zu dem Thema: „Spiel Frieden – nicht Krieg!“

1990 eskalierte der Konflikt zwischen Irak und Kuwait, in den die USA am 17. 1. 1991 eingriffen und der erst im April zum Waffenstillstand kam. Deswegen initiierten wir bis Ostern 1991 wöchentliche Mahnwachen für den Frieden vor dem Rathaus in Sendenhorst.

Anfang Januar 1991 begannen wir in Sendenhorst mit dem ersten christlich-muslimischen Friedensgebet, das seitdem jährlich stattfindet.

Im Januar 1992 lud ich erstmals zu einem pax christi-Studententag in der LVHS Freckenhorst ein zum Thema 500 Jahre „Ent“-deckung Amerikas

Auf pax christi im Bistum Münster wurde ich aufmerksam in den 80-er Jahren, z. Zt. der Friedens-Demo auf den Bonner Rheinwiesen. Im Bistum Münster gab es 1983 oder 1984 einen Sternmarsch nach Münster, der u. a. von Ahlen über Sendenhorst nach Münster führte. Diese Gruppe mit Kaplan Lohle aus Ahlen St. Josef machte Station in Sendenhorst. Ich nahm Kontakt auf und anschlie-

mit Norbert Arntz. Bis heute findet jährlich dieser Studententag mit immer neuen Themen und verschiedenen Referent*innen statt. Pax christi-Leute aus dem Kreis Warendorf und andere Interessierte sind die Teilnehmenden.

Politisch gab es bis 1993 Diskussionen zur Änderung des Grundgesetzes im Artikel 16, um Flüchtlinge abzuwehren. Der sogenannte „Asylkompromiss“ wurde am 16. Mai 1993 verabschiedet und Artikel 16a eingefügt. Aus diesem Grund gab es eine große Demo in Bonn, an der ich mit vier Freunden aus Sendenhorst, Albersloh und Drensteinfurt teilnahm.

Am 11. Juni 1994 wurde ich zu einer der Sprecherinnen von pax christi im Bistum Münster gewählt und arbeitete ehrenamtlich in der Bistumsstelle bis zum 31. Oktober 2009 mit. Dort vertrat ich die Schwerpunkte Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Am 10. August 1994 gründeten wir in Sendenhorst unsere pax christi-Gruppe.

Nach dem Jugoslawien-Krieg Anfang der 90-er Jahre besuchten Mitglieder unserer Sendenhorster Gruppe zwischen 1996 und 2000 mit Hilfsgütern Sanski Most in

Bosnien und später Benkovac in Kroatien.

Auf der Bundesebene von pax christi arbeitete ich in der Asylkommission mit bis 2007 und war auch mehrere Jahre Vertreterin von pax christi bei Pro Asyl.

Im vergangenen Jahr feierte unsere Gruppe in Sendenhorst ihr 25-jähriges Bestehen mit einem Rundgang zu sieben Gestalten der Gewaltfreiheit, die ca. drei Wochen als Banner an der Kirche und vor dem Rathaus angebracht waren. Die Resonanz darauf war erfreulich und ermutigend.

Die Arbeit in pax christi und mit den verschiedensten Menschen auf Orts-, Bistums- und Bundesebene war intensiv und beeindruckt mich bis heute. Gebet, Information und Aktion sind für mich nach wie vor die Schwerpunkte zu den Themen Flüchtlings- und Asylpolitik, christlich-muslimischer Dialog, sowie Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung.

Was ich in all den Jahren immer wieder festgestellt habe: „Der Schlüssel zu allem ist Geduld. Nicht durch Aufschlagen, sondern durch Ausbrüten wird aus einem Ei ein Küken.“ (unbekannter Autor)

Internationale Friedensrouten pax christi

Helga Schulze Bertelsbeck



Ich habe pax christi über Pater Paulus Engelhardt bei der Regionalen Friedensroute Pfingsten 1963 kennengelernt. Von Bad Iburg sind wir in 4 Etappen nach Osnabrück gelaufen. Thema der Route war das Konzil.

Zusammen mit zwei Freundinnen war ich so begeistert, dass wir uns für die Internationale Friedensroute in der Schweiz im Sommer 1963 angemeldet haben. Von 12 verschiedenen Ausgangspunkten liefen Gruppen mit 40-50 Teilnehmern aus verschiedenen Ländern Europas sternförmig auf Flüeli zu, denn Thema war „Nikolaus von der

Flüe“. Nach einem mehrsprachigen Gottesdienst oder Morgenimpuls der Gruppe mischten sich die Nationen, um in kleinen Untergruppen (Equipen) in Deutsch, Französisch, Spanisch und Italienisch beim Laufen das Tagesthema zu diskutieren. Die Etappen waren 15-20 km, die wir jeden Tag mit Rucksack liefen. Am Zielort wurden die Routieres schon von Gastfamilien erwartet. Nach einer Dusche und Abendessen trafen wir uns mit den Gastfamilien im Pfarrsaal. Dort wurde vom Tag erzählt, diskutiert und die verschiedenen Gruppen stellten ihr Heimatland mit Liedern und Spielen vor. Am nächsten Morgen feierten wir mit den Gasteltern einen Gottesdienst. Dass Pax Christi eine internationale Bewegung ist, wurde deutlich beim Sprechen der Gebete und Texte in verschiedenen Sprachen mit Übersetzungen. Danach verabschiedeten wir uns von unseren neu gewonnenen Freunden und machten uns auf die nächste Etappe. Nach einer Einführung ins Tagesthema wurden wieder mehrsprachige kleine Gruppen zum Diskutieren gebildet. Mittags legten wir alle Lunchpakete, die wir von un-

seren Gastfamilien mitbekommen hatten, auf Tüchern aus und jeder nahm und aß, was er mochte. 10 Tage lang waren wir singend, betend und diskutierend gemeinsam unterwegs. Dann trafen sich alle 12 Routen in Flüeli an der Einsiedelei des Heiligen Nikolaus von der Flüe. Ein großer Abschlussgottesdienst mit über 600 Routiers und vielen Gästen aus der Schweiz und ein Abschlussfest beendeten die Route. Der Abschied von vielen neuen Freunden fiel allen schwer.

Bei der nächsten Internationalen Friedensroute in Italien hofften sich viele wiederzutreffen. Im August 1964 war ich bei der Internationalen Route nach Vercelli/Italien dabei. Thema war die Friedenszylika „Pacem in terris“. Jedes Jahr wurden auf der Route in einem anderen Land aktuelle Friedensthemen und Impulse zum Handeln diskutiert. In Deutschland endete die Route 1966 in Fulda. Zum Abschluss fuhren alle Routiers mit dem Zug nach Berlin, um die Ost-West-Friedensprobleme, über die wir diskutiert hatten, anschaulich zu erleben.

Für mich waren die Routen echte Friedenserlebnisse. Ich habe viele Freunde in ganz Europa gewonnen, die sich auch nach den Routen in ihren Heimatländern für den Frieden engagierten. „La route est fini, la route commence“ hieß es immer

am Ende einer Route. Auch für die Gastländer waren die Routen ein Anstoß, sich für ein friedliches Miteinander einzusetzen.

1967 in den Niederlanden waren Deutsche noch nicht überall willkommen. Aber in einem Ort wollten Gastfamilien unbedingt deutsche Gäste haben. Bei Gesprächen am Abend erfuhren wir, dass ein Angehöriger von Deutschen ins Konzentrationslager deportiert worden war. Unsere Gasteltern aber reichten uns bewusst die Hand zur Versöhnung.

1970 habe ich meinem Mann auf der Schweizer Friedensroute pax christi vorgestellt.

1980 waren wir bei der Gründung der pax christi Basisgruppe in Coesfeld dabei, in der wir uns bis heute engagieren. 1986 fand die Internationale Route wieder in Deutschland von Münster nach Osnabrück statt. Thema war „Befreiender Glaube – unterwegs zu solidarischem Handeln.“ Diesmal waren von den 18 Routen nur noch 6 Wanderrouten, 3 Fahrradrouten, 2 Familienrouten und 7 Workcamps. Wir nahmen mit unseren drei Kindern und weiteren sieben Familien an der Familienroute in Lüdinghausen teil.

Für mich waren Routen immer aktuelle, praktische Friedensarbeit vor Ort.

Frieden oder Krieg: Russland und der Westen – Eine Annäherung

Gespräch mit Fritz Pleitgen und Michail
Schischkin

Eberhard Ockel

Am 8. November 2019 fand ein öffentliches Gespräch mit den zwei Koautoren, Fritz Pleitgen und Michail Schischkin, des neuen Buchs „Frieden oder Krieg: Russland und der Westen – Eine Annäherung“ im Rathaus Visbek statt.

Die beiden, der eine langjähriger Russland- und Amerika-Korrespondent sowie später Intendant des Westdeutschen Rundfunks, und der andere hoch berühmter russischer Autor, der seit Jahren schon in der Schweiz lebt und etliche Romane veröffentlicht hat. Die beiden trafen sich am Rande einer Literaturmesse, der litCologne, und Pleitgen befragte Schischkin zunächst über seinen neuen Roman, dann kam das Gespräch auf Russland und beide stellten wechselseitig ein freundschaftliches Verhältnis zu Russland fest.

Fritz Pleitgen erinnerte an Michael Gorbatschow und seine Anregung,

ein gemeinsames Haus Europa zu gründen und zu stabilisieren; zugleich wies er auf die politische Entwicklung hin, dass Russland jetzt eine direkte Grenze zur NATO habe und sich natürlich bedroht fühlen müsse. Dass der Gesprächsfaden zu Russland praktisch abgerissen sei und man wegen der völkerrechtlichen Annexion der Krim sogar Sanktionen verhängt habe, sei aus Sicherheits- und friedenspolitischen Erwägungen nicht zu verantworten.

Schischkin differenzierte seine Liebe zum russischen Volk gegenüber der harschen Ablehnung gegenüber der russischen Regierung, die kor-

rupt sei und nur daran interessiert, ihre eigenen Pfründe zu sichern. Er machte deutlich, dass nach etwa 600 Jahren Unterdrückung das Volk immer mehrheitlich einem starken Führer zuneigt und infolgedessen der Demokratie a la Putin eher zustimmt als dem sich aus den Straßendemonstrationen abzeichnenden Chaos.

Beide vertraten extrem gegensätzliche Auffassungen und haben diese Positionen auch als Ko-Autoren in dem Buch deutlich gemacht, was sich aus den Leseabschnitten, die die beiden vortragen, zweifelsfrei ergab.

Gleichwohl stimmten sie darin überein, dass diplomatische Bemühungen seitens der europäischen

Regierungen und auch der NATO dringend erforderlich seien, um den kriegerischen Auseinandersetzungen in der Ukraine entgegenzuwirken und Vertrauen zurückzugewinnen. Ähnlich wie in anderen diplomatischen Dilemmata könne man sich auch in Russland den Verhandlungspartner nicht aussuchen. Aber schon wegen der atomaren Gefahr, die von Russland ausgehe, sei eine diplomatische Bemühung im ureigenen Interesse des Westens. Zumal auch eine friedliche Lösung in Syrien nicht ohne Russland zu erreichen sei.

Intensive Gespräche und Diskussionen der zahlreichen Besucher untereinander, neben der Buchsignierung durch die Autoren, beendeten die anregungsreiche Veranstaltung.

Anpassung oder Widerstand? Wie konform wollen wir sein?

pax christi-Studentag Sendenhorst

Christel Kilanowski

Unter dem Thema Anpassung oder Widerstand? – Wie konform wollen wir sein? lud Annette Paschke im Namen der pax christi-Gruppe Sendenhorst am 18.1.2020 in die LVHS Freckenhorst ein. 20 Teilnehmende waren der Einladung gefolgt.

Ein Glücksfall war der Referent Klaus Hagedorn, ehemaliger Geistlicher Beirat unseres Diözesanverbands. Er verstand es, alle zur Aktualität der Mystiker*innen in seinen Bann zu ziehen. Am Beispiel von Dag Hammarskjöld versuchte der Referent über die Krisensituation heute Wege aufzuzeigen. Zusammenfassend könnte die große Überschrift „Wo Sehnsucht und Verzweiflung sich paaren, da entsteht Mystik“ als Lebensthema dieses großen Mystikers beschreiben.

Es blieb noch Zeit, einen zweiten Mystiker der „Jetzt-Zeit“, Dom Helder Camara, in den Blick zu nehmen. Dieser für viele von uns bekannte große Bischof aus Brasilien beein-

druckt viele von uns, zumal er durch Bekehrungen seinem Leben einen neuen Sinn gab.



Klaus Hagedorn berichtet seinen Zuhörer*innen.

Nach der Mittagspause fanden wir uns wieder im Heute: Für eine Kirche mit einem amazonischen Ge-

sicht, arm und dienend, prophetisch und samaritisch. Hagedorn sprach über die Amazonas-Synode und erinnerte an den Katakombenpakt beim letzten Konzil. In welcher Kirche will ich noch sein? Hier gab es lebhaftere Diskussionen.

Nur mit Mühe konnten wir den Zeitrahmen einhalten. In der abschließenden Wortgottesfeier

fanden wir uns zusammen beim Brechen des Brotes und Teilen des Wassers.

Abschließend darf ich – gewiss auch im Namen aller Teilnehmenden – Dank sagen dem Referenten und vor allem Annette Paschke, die keine Mühe scheut, jedes Jahr diesen Studientag zu organisieren.

pax christi-Aktive erinnern an Befreiung des KZ Auschwitz

Gedenkstunde im St. Antonius-Kloster Lüdinghausen

Karl-Heinz Kocar

Zu einem Gottesdienst trafen sich am 27. Januar 2020, dem Internationalen Holocaust-Gedenktag, Menschen aus Lüdinghausen und Umgebung im St.-Antonius-Kloster. Die Franziskanerinnen und pax christi hatten dazu eingeladen, am 75. Jahrestag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz die damals geschehenen und auch die aktuellen Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor Augen zu führen und sich in biblisch inspirierter Klage und Bitte, in hoffnungs- und vertrauensvollem Gesang und Psalmgebet vor Gott zusammenzufinden.

Marek Brzozowski ist ein Bildhauer, der in Warschau lebt. Eine Christus-Skulptur von ihm stand jetzt auf dem Altar (siehe Foto). Der Gekreuzigte hat keine Hände. Seine Armstümpfe bilden das VICTORY-Zeichen, auch ein Symbol für Mareks eigenen Lebensweg: Auf dem Weg

vom jüdischen Ghetto in ein KZ war er vermutlich von seinem eigenen Vater aus einem aufgeschlitzten Lastwagen herausgereicht worden und so dem Tod entronnen. In einer christlichen Pflegefamilie wuchs er auf. Die Sehnsucht nach der leiblichen Mutter konnte ihm niemand nehmen.

Marek und Überlebende des Nazi-Terrors aus anderen Opfergruppen gehörten zwischen 2001 und 2015 zu den Gästen des Freiburger Maximilian-Kolbe-Werks, die Jahr für Jahr in zwei Wochen in Bildungshäusern (in Hopsten, in Freckenhorst) von Mitgliedern der Lüdinghauser pax christi-Gruppe betreut und von vielen anderen Menschen besucht wurden. Gemeinsam sprach man damals über die zurückliegenden traumatischen Erlebnisse, etwa vom Einsatz als deportierte Zwangsarbeiter auf Bauernhöfen und in der Rüstungsindus-



Den musikalischen Rahmen der Gedenkstunde gestalteten Barbara und Burkhard Tiessen (Foto: Jan-Simon Thiessen).



Christus-Skulptur von Bildhauer Marek Brzozowski (rechts) (Foto: Schwester Susann)

trie, beim Verlegen von Bahngleisen oder im Einsatz beim Talsperrenbau im Sauerland. In diesen Sommertagen wurde viel gelacht und geweint, gefeiert und diskutiert, gesungen und getanzt. Kulturveranstaltungen und Ausflüge standen auf dem Programm. Die Gesamtleitung lag dabei stets in den Händen von Peter und Margret Kopmeier.

Peter Kopmeier hatte die Andacht im St. Antonius-Kloster vorbereitet. Schwester Susann dankte ihm und der pax christi-Gruppe für die langjährige Zusammenarbeit und warb mit eindringlichen Worten unter den Besuchern für ein Engagement bei pax christi. Den musikalischen Rahmen der Gedenkstunde gestalteten wieder einmal Barbara und Burkhard Tiessen, die auch den Hoffnungs- und Vertrauenspsalm 139 in einer Neuinterpretation zu Gehör brachten. In den Fürbitten kamen die weltpolitischen Konflikte und die Bedrängnisse zur Sprache, denen Menschenrechtsaktivisten heute ausgesetzt sind. Mit dem franziskanischen Friedenswunsch

„pax e bene!“ ging man auseinander.

Anschließend nahmen noch einige der Gottesdienstbesucher die Einladung an, sich außerhalb der regulären Öffnungszeiten die von der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Lüdinghausen organisierte Skulpturen-Ausstellung „Einst frohe Lande / vergeh`n im Brande – Das Antlitz des Bösen in der Kunst polnischer Volksbildhauer“ auf Burg Lüdinghausen anzusehen. Eine der dort gezeigten Holzschnitzarbeiten hatte ebenfalls auf dem Altar gestanden. Die Ausstellung spiegelte in ausdrucksstarken Holz-Skulpturen, Reliefs und Bildern Erfahrungen der polnischen Nachbarn mit Krieg und Besatzung durch Nazideutschland und die Sowjetunion wider. Es sind authentische Zeugnisse von systematischer Entwürdigung, von Verfolgung und Verschleppung, von Ermordung und Holocaust.

--

Ergänzt von Johannes Gertz,
pax christi Recklinghausen

Rezension

Als Hitler das rosa Kaninchen stahl: Der Film von Caroline Link 2019

Eberhard Ockel

Diesen Film habe ich mir voller Begeisterung zweimal angeschaut, und ich würde ihn jederzeit wieder ansehen. Es scheint ein Kultfilm zu werden - namentlich jetzt, wo den Geflüchteten die uneingeschränkte gesellschaftliche Aufmerksamkeit gilt, wenngleich kontroverse Konsequenzen aus dieser Aufmerksamkeit gezogen werden. Und das Asylrecht immer mehr zu einem Bleibeverhinderungsrecht wird.

Der Film zeigt aus der Perspektive der kleinen Anna (Riva Krymalowski) die politische Verfolgung im Dritten Reich und die Gefährdung von missliebigen Kritikern des Hitler-Regimes schon vor der Machtergreifung.

Angedeutet wird sogar in einer kurzen Szene, dass die Polizei fast ausschließlich auf die Linie der Machthaber eingeschwenkt ist - wie eine aktuelle Ausstellung in Osnabrück zeigt - weil ein Polizist den Autor, Journalisten und Theaterkritiker Arthur Kemper (alias

Alfred Kerr, Oliver Masucci) warnt, so dass er sich - hochfiebernd - in die Schweiz absetzen kann. Seine Frau wird telefonisch gewarnt (ob von demselben Polizisten, bleibt offen), dass bald alle Pässe der Familie eingezogen würden. Eine ergreifende Verabschiedungsszene und Packorgie sind die Folge: Nur ein Buch und ein Spielzeug dürfen die Kinder, Anna (Riva Krymalowski) und ihr älterer Bruder Max (Marinus Hohmann), mitnehmen.

Wieder nur eine winzige Andeutung im Film wirft ein Schlaglicht auf die Gefährdung auch der Familie :ein strammer Nazi-Beamter im Zug versucht sich an ihre Fahndung zu erinnern.

Das Problem der Finanzierung des Lebens auf der Flucht fangen mehrere Szenen ein:

Eine Schifffahrt mit Verlegern und Theaterleuten umrahmt Annas 10. Geburtstag und endet mit einem Misserfolg: Kemper will seine klaren



Positionen nicht opportunistisch opfern, und die Verleger haben Angst.

Onkel Julius (Justus von Dohnanyi) soll die von ihm sichergestellten Erstdrucke verkaufen), und eine Bekannte hilft gegen den Willen des Vaters der Mutter (Carla Juri) mit Kleidern und Schulsachen für die

Kinder: der erste ernsthafte Konflikt zwischen den Eltern, der zeigt, wie wenig der „Familienvorstand“ aus Stolz sich beschenken lassen will.

Die letzte Verbindung zu der geliebten Kinderfrau Heimpi (Ursula Werner) ist ein Glückwunsch-Telefonat, das aus einer Telefonzelle ausge-

führt werden muss - aus Furcht vor Spitzeln. Auch der geliebte Onkel Julius, ein Freund der Familie, kann auf Besuch nur Schlimmes berichten: das Haus in Berlin ist komplett ausgeräumt. Später wird sein Selbstmord angedeutet. Und Anna erbt seine Sprungdeckeluhr.

Die Familie muss das Quartier bei lieben Menschen (Rahel Hubacher, Peter Bantli, Noah Messer und Anna Held) in den Schweizer Alpen verlassen und zieht nach Paris bis 1935 in eine enge Wohnung im zweiten Stock - der uralte Aufzug tröstet über die ständig Miete fordernde Concierge (Anne Bennent) hinweg. Die Kinder werden in der Schule ausgezeichnet - Anna bekommt für ihren Bericht über ihre Flucht Geld.

Auch in Frankreich findet sich keine ausreichende Veröffentlichungsmöglichkeit; aber ein Hoff-

nungszeichen: das Drehbuch über den jungen Napoleon - aus der erzwungenen Untätigkeit geboren - wird von einer englischen Agentur angekauft, und die Familie fährt erneut einer ungewissen Zukunft nach London entgegen, wo der Film abbricht mit Blick auf die englische Atlantikküste, während die Geschwister spekulieren, wie schnell sie sich in die neue Sprache und Umgebung hineinfinden werden.

Bezaubernd sind die Andeutungen intakten Familienlebens, großen Vertrauens untereinander und die Glaubwürdigkeit der Rollen. Die Sympathie für die vom Schicksal Gebeutelten ist so groß, dass man sich als Zuschauer dabei ertappt, mitzuleiden und sich mitzufreuen. Ein Spitzenfilm!

KONTAKT



Bürozeiten/ Kontakt

Daniel Kim Hügel (Friedensreferent):
Montag bis Mittwoch von 8.30-12.30 Uhr
sowie Termine nach Vereinbarung,
Email: d.huegel@paxchristi.de

pax christi-Büro Münster
Schillerstraße 44a, 48155 Münster
Telefon: 0251-511420,
Email: muenster@paxchristi.de
Webseite: www.muenster.paxchristi.de

IMPRESSUM

Herausgeber: pax christi Diözesanverband Münster

Schillerstraße 44a, 48155 Münster, Telefon: 0251/511 420

E-Mail: muenster@paxchristi.de, Homepage: www.muenster.paxchristi.de

Bankverbindung: Darlehnskasse Münster

IBAN: DE40 4006 0265 0003 9626 00

Redaktionsmitglieder: Daniel Kim Hügel, Ferdinand Kerstiens, Stefan Leibold, Eberhard Ockel

Lektorat: Christel Bußmann, Eberhard Ockel

Bilder: privat, pixabay (wenn nicht anders angegeben)

Druck: Kleyer-Druck, Münster-Roxel / Layout: Inga vom Rath

Dezembernacht

Feldhüter haben in einem Geräteschuppen
(Steckrübenacker, Pflaumenbäume, Flußwind)
Eine Geburt aufgespürt, hier unzulässig.
Flüchtlinge gehören ins Lager und registriert.
Der Schafhirt kam dazu, ein junger Mann
Der ging mit einem Stecken übers Mondfeld.
Sein Hund mit Namen Wasser sprang an der Hütte hoch
Ein Alter drinnen gab Auskunft, er sei nicht der Vater.
Die Feldhüter verlangten Papiere. Das Neugeborene schrie.
Die Schafe versperrten die Straße. Drei Automobile
Ein Mercedes, ein Bentley, eine Isetta hielten an,
Drei Herren stiegen aus, drei Frauen schöner als Engel
Fragten, wo sind wir, spielten mit den Lämmern.
Spenden sie etwas, sagten die Feldhüter. Da gaben sie ihnen
Ein Parfüm von Dior, einen Pelz,
Einen Scheck auf die Bank von England
Sie blieben stehen und sahen zu den Sternen auf
Glänzte nicht einer besonders? Ein Rauhreif fiel
Die kleine Stimme schluchzte noch und schwieg.
Ein Mercedes, ein Bentley, eine Isetta rührten sich
Und summten wie Libellen. Der Hirte schrie
Fort mit euch Schafen, fort mit euch Lämmern.
Ist das Kind gestorben? Das Kind stirbt nie.

Marie Luise Kaschnitz